



## POLITIK / WIRTSCHAFT

### Verschulde dich immer - und vor allem in der Not

*(Pressenza)* - "Spare in der Zeit, so hast Du in der Not", weiss der Volksmund. Auf dieser Tugend basiert die private Vorsorge. Das gleiche Rezept, aber in umgekehrter Reihenfolge, empfehlen Anhänger einer antizyklischen Wirtschaftspolitik dem Staat: Verschulde Dich in der Not, und wenn die Not vorbei ... (S. 3)

## POLITIK / KOMMENTAR

### Deutungshoheit rechtslastig ...

*(SB)* - Parallel zum Prozess gegen die beiden Angeklagten ab Mitte Juni soll in einem Untersuchungsausschuss im hessischen Landtag zudem der Frage nachgegangen werden, ob es möglicherweise in Kassel eine Zelle des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) gegeben ... (S. 7)

## POLITIK / KOMMENTAR

### USA - Aufstand in den Städten ...

*(SB)* - Erst vier Tage nach dem 25. Mai, als der Polizeibeamte Derek Michael Chauvin den Afroamerikaner George Perry Floyd langsam und unter den Augen zahlreicher Passanten, die das Geschehen beobachteten ohne einzugreifen, ums Leben brachte, wurde ein Haftbefehl gegen ... (S. 16)

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Kolumbien

### Fronten zwischen Regierung und ELN verhärten sich

***Kein Waffenstillstand in Sicht: Die Fronten zwischen kolumbianischer Regierung und ELN verhärten sich, seit die Verhandlungen Anfang 2019 scheiterten.***

*(Bogotá, 20.05.2020, Colombia Informa)* - Am 13. Mai wurde bekannt [1], dass das US-Außenministerium Kuba auf die Liste der Länder setzte, die sich nicht am Kampf gegen den Terrorismus beteiligen. Diese Entscheidung ist besonders darauf zurückzuführen, dass Kuba die Friedensdelegation der Nationalen Befreiungsarmee ELN (Ejército de Liberación Nacional) aufnahm, so wie es im Friedensvertrag unter der ehemaligen Regierung Santos vereinbart wurde.

Seit die Verhandlungen Anfang 2019 scheiterten, hat die Regierung von Iván Duque darauf bestanden, dass Kuba die Mitglieder der ELN ausliefert, um sie der kolumbianischen Justiz zu übergeben. Kuba hat diese Forderung zurückgewiesen, zusammen mit den anderen Ländern, die den Friedensprozess begleiten. Es beruft sich auf das Protokoll, das von allen Beteiligten unterzeich-

net wurde, um zu garantieren, dass die Delegation sicher nach Kolumbien zurückkehren könne, sollten die Verhandlungen nicht weitergeführt werden.

### Kuba zwischen den Fronten

Obendrein feierte die kolumbianische Regierung die von Trump getroffene Entscheidung bezüglich Kuba. Dies ist eine schwierige Situation für die Karibikinsel, die bisher das Streben der kolumbianischen Bevölkerung nach Frieden bedingungslos begleitet hatte. Sie trug beispielsweise zum Abkommen mit den ehemaligen Revolutionären Streitkräften Kolumbiens FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) und dessen Durchführung bei.

Die jetzige Situation vertieft die bereits bestehende Krise zwischen der kolumbianischen Regierung und der ELN und macht eine mögliche Wiederaufnahme des Dialogs zwischen beiden Parteien immer unwahrscheinlicher.

Vom 1. bis 30. April 2020 hatte die ELN im Rahmen der Covid-

19-Pandemie einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen, was die Hoffnung auf erneute Verhandlungen weckte. Diese Ankündigung wurde von vielen gesellschaftlichen und politischen Akteur\*innen begrüßt. Zeitgleich wurden mit Carlos Arturo Velandia und Gerardo Bermúdez zwei ehemalige Mitglieder dieser Guerilla zu Unterhändlern für den Frieden ernannt. Sie haben neben der Regierung dazu beigetragen, eine politische Lösung für den Konflikt zu finden.

### Regierung stellt Bedingungen

Jedoch erkennt die ELN diese beiden Männer seit mehreren Jahren nicht als legitim an und erklärte ihr Misstrauen ihnen gegenüber, dass sie in der Lage seien, Annäherungen zu erreichen. Denn laut ELN würden Velandia und Bermúdez nicht mehr die Ziele und politische Gedanken der Organisation repräsentieren. Zudem befindet sich Juan Carlos Cuéllar [2], der designierte Friedensführer dieser Guerilla, in Kolumbien im Gefängnis. Er wurde im vergangenen Dezember verhaftet, während er versuchte, die Verhandlungspartner zurück an einen gemeinsamen Tisch zu bringen.

Die Regierung Duque beharrt weiterhin darauf, dass die ELN zuerst jegliche kriminelle Aktivitäten einstellen und sämtliche Geiseln aus ihrer Gefangenschaft entlassen müsse, bevor die Gespräche wieder aufgenommen werden könnten. Auf der anderen Seite fordert die ELN einen beidseitigen Waffenstillstand ohne vorherige Auflagen, um im

Rahmen von Verhandlungen zu einer Vereinbarung zu kommen.

Die Strategie der Regierung besteht aus politischem Druck auf die ELN (wie aktuell im Fall Kuba, um ihre Unterhändler auszuliefern); aus Anreizen, die so genannten Organisierten Bewaffneten Gruppen individuell zu entwaffnen (was vom Hochkommissariat für den Frieden überwacht werden müsste), sowie aus militärischen Angriffen auf militärische Strukturen der ELN (wie z.B. die Bombardierung [3] Mitte Mai in Montecristo im Süden des Departamentos Bolívar durch die Streitkräfte, die neben den zwei Kommandanten "Mocho Tierra" und "El Gallero" auch ca. 20 weitere Mitglieder tötete).

### Keine Verlängerung des Waffenstillstandes

Die Kämpfe verstärken sich aktuell durch die Verbreitung der Pandemie im Land. Die ELN hat entschieden, den Waffenstillstand nicht zu verlängern, wodurch sich die Möglichkeiten erneuter Verhandlungen weiter verringern.

Die Friedensdelegation der Guerilla erklärte, sie sehe "keinerlei Interesse vonseiten der Regierung, die Friedensgespräche wieder aufzunehmen." Die ELN fordert von der kolumbianischen Regierung, das Protokoll zu erfüllen und die Delegation zurück nach Kolumbien reisen zu lassen. Sobald die Regierung wieder bereit sei für Gespräche, würde die ELN ihre Delegierten ernennen, um zum Verhandlungstisch zurückzukehren.

### Anmerkungen:

- [1] <https://twitter.com/ComisionadoPaz/status/1260688897593524227>  
 [2] <https://www.eltiempo.com/justicia/investigacion/capturan-a-juan-carlos-cuellar-exnegociador-del-eln-447634>  
 [3] <https://www.eltiempo.com/justicia/conflicto-y-narcotrafico/operacion-de-bombardeo-contra-el-eln-al-sur-de-bolivar-495422>

### URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/fronten-zwischen-regierung-und-eln-verhaerten-sich/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*



### Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
 Herausgeber:  
 Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
 Köpenicker Straße 187/188  
 10997 Berlin  
 Telefon: 030/789 913 61  
 E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
 Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1978.html>

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin / Büro Wien*

## **Verschulde dich immer - und vor allem in der Not**

*von Hanspeter Guggenbühl, INFOsperber, 22. Mai 2020*

**Die Staaten erhöhen ihre Schulden, um die Wirtschaftskrise nach der Corona-Epidemie zu lindern. Das Gleiche tun sie seit 20 Jahren.**

"Spare in der Zeit, so hast Du in der Not", weiss der Volksmund. Auf dieser Tugend basiert die private Vorsorge. Das gleiche Rezept, aber in umgekehrter Reihenfolge, empfehlen Anhänger einer antizyklischen Wirtschaftspolitik dem Staat: Verschulde Dich in der Not, und wenn die Not vorbei ist respektive die Wirtschaft wieder wächst, kannst Du die Schulden tilgen. Mit diesem Rezept berufen sie sich auf Theorien des Ökonomen John Maynard Keynes.

Den ersten Teil dieses Rezepts befolgen zurzeit alle Staaten, um die Not zu lindern, welche die Corona-Epidemie ihren Volkswirtschaften beschert. In der Schweiz etwa dürften 2020 die Staatsschulden allein auf Bundesebene um 30 bis 60 Milliarden Franken steigen, rechnet Finanzminister Ueli Maurer. Noch weit höhere Schulden türmen zurzeit die USA und die EU-Staaten auf, um Unternehmen und Haushalte finanziell zu unterstützen. Das Gleiche taten sie schon, um frühere Krisen wie etwa den Finanzcrash 2008/09 abzufedern.

**Staatsschulden wuchsen stärker als die Wirtschaft**

Der zweite Teil dieser antizyklischen Wirtschaftspolitik hingegen, die Schuldentilgung, geht meist vergessen. Das zeigt der Blick zurück. Auch in Jahren ohne Not erhöhten die meisten Industrieländer ihre Staatsschulden. Sie taten das nicht, um eine Rezession zu lindern, sondern um das Wachstum der Wirtschaft zu stützen. Mehr noch: Die Schulden der meisten Industriestaaten wuchsen in den letzten 20 Jahren stärker als ihre Volkswirtschaften. Die Wirtschaft wächst also schon lange nur noch auf Pump. Das zeigt die untenstehende Grafik [1] über den Anteil der Staatsverschuldung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), im Zeitraum von 2000 bis 2018.

Die USA etwa (blaue Kurve) erhöhten ihre Staatsschulden von 50 Prozent im Jahr 2000 auf über 100 Prozent ihres BIP im Jahr 2018; der Finanzcrash 2008 bewirkte den ausgeprägtesten Knick nach oben. Ähnlich, wenn auch etwas weniger steil, stieg die Staatsverschuldung seit 2000 in Europa (siehe orange Kurve der Eurozone). Dabei gibt es in Europa je nach Land deutliche Abweichungen: Während die Schuldenquote in den südlichen Staaten

(Italien, Spanien, Griechenland, etc.) in den letzten 18 Jahren überdurchschnittlich zunahm, konnte Deutschland seinen Schuldenanteil am BIP in den letzten Jahren etwas mildern, blieb aber im Jahr 2018 mit 62 Prozent ebenfalls noch über dem Stand im Jahr 2000.

Die Staatsschulden in den größten Volkswirtschaften wuchsen seit der Jahrtausendwende - und zum Teil schon früher - viel stärker als ihre gesamte Wirtschaftsleistung, gemessen am nominalen BIP. "Es kann doch niemandem entgangen sein, dass ein erheblicher Teil des ohnehin relativ niedrigen Wirtschaftswachstums der letzten Jahrzehnte nur eine Art Scheinblüte war, die erst durch die finanzkapitalistische Verschuldungsorgie möglich wurde", kommentierte der deutsche Volkswirtschafts-Professor Karl Georg Zinn 2009 in einem Artikel im "monde-diplomatique" [2]. Ohne Staatsverschuldung wäre die - scheinbar florierende - Wirtschaft in den USA und weiteren westlichen Industriestaaten also schon lange geschrumpft.

Zu den wenigen Staaten, die ihre Schuldenquote seit der Jahrtausendwende reduzierten, gehört - dank Schuldenbremse auf Bundesebene ab 2003 - die Schweiz.

Dabei basiert die (graue) Schweizer Kurve in der obigen Grafik wie jene der USA und der Eurozone auf Daten des IWF; die offiziellen Zahlen der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV), welche die Staatsschulden enger definiert, liegen für die Schweiz im Schnitt rund 13 Prozentpunkte tiefer.

### **Corona-Epidemie lässt Staatsschulden explodieren**

Um die Corona-bedingte Wirtschaftskrise zu mildern, verteilen die Staaten zurzeit zusätzliche Beträge in Billionenhöhe. Die Staatsdefizite, so zeigen die Kurven in der Grafik von 2018 bis 2020, werden damit noch steiler in die Höhe schnellen als zuvor. Bis Ende 2020, so schätzt der Internationale Währungsfonds (IWF) kürzlich wird die Staatsverschuldung der USA auf 131 Prozent des BIP steigen, jene in der Eurozone auf 97 Prozent (siehe nochmals obige Grafik). Das heisst: Um ihre Staatsschulden zu tilgen, müssten die Erwerbstätigen in Europa und in den USA mit all ihren Produktionsmitteln ein ganzes Jahr oder noch länger gratis arbeiten. Das ist unmöglich und nach Ansicht von einigen Ökonomen auch nicht nötig (mehr darüber später in diesem Text).

Auch in der Schweiz wird die staatliche Schuldenquote 2020 wieder deutlich zunehmen, gemäss konservativer Schätzung des Schreibenden um 8 Prozentpunkte auf 48 Prozent des BIP (gemäss IWF-Definition). Diese Schätzung basiert auf den Beschlüssen des Parlamentes anfangs dieses Monats über zusätz-

liche Ausgaben und Bürgschaften des Bundes sowie verschiedenen Prognosen über die Schrumpfung des BIP und der Steuerzahlungen im Jahr 2020.

Nominal summieren sich die Schulden aller Staaten dieser Welt gegenwärtig auf rund 70 Billionen US-Dollar oder rund 80 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung (BIP global). Zählt man die privaten Schulden von Haushalten, Unternehmen sowie dem Finanzbereich dazu, kommt man auf annähernd das Vierfache der reinen Staatsschulden (Details darüber am Schluss dieses Artikels).

### **Mehr Schulden, mehr Vermögen**

Umstrittener als die Erfassung der Menge ist die Frage, ob und wie weit die wachsenden Staatsschulden ein Problem sind. Ein Teil der Politiker und Ökonomen findet es unverantwortlich, dass die heutige Generation nicht nur ökologisch, sondern auch finanziell auf Pump von späteren Generationen lebt. Je stärker die Schulden steigen, und je mehr Staats- und Unternehmensanleihen bis hin zu Ramschpapieren die geldvermehrenden Zentralbanken wie das FED in den USA oder die EZB in Europa kaufen, so fürchten die Warner, desto brutaler werde der unausweichliche Finanzkollaps dereinst ausfallen.

Andere Ökonomen, unter ihnen auch Infosperber-Mitarbeiter Werner Vontobel, schätzen die Risiken als gering ein. Denn die Staaten müssten ihre Schulden nie zurückzahlen, sondern könnten auslaufende Kredite stets durch

neue ersetzen, begründen sie. Oder ihre National- respektive Zentralbanken könnten die Geldmenge wie schon in den letzten Jahren ewig weiter erhöhen; im Unterschied zur Krise in den 1930er-Jahren, als die Staaten mit ihren Notenpressen eine Inflation auslösten, hat das in den letzten Jahren tatsächlich ohne grössere Inflation funktioniert. Zudem stehe ja jedem Schuldner ein Gläubiger gegenüber.

Mit den Schulden wuchsen in den letzten Jahren zwar auch die privaten Vermögen; dies vor allem in Form von Aktien und Immobilien. Doch dieses Vermögen ist ungleich und wird immer ungleicher verteilt. In der Schweiz zum Beispiel, so zeigt die neueste Steuerstatistik übers Jahr 2016, beläuft sich das Vermögen aller natürlichen Personen auf rund 1,9 Billionen Franken (annähernd das Dreifache des BIP). Davon entfällt rund die Hälfte auf nur zwei Prozent aller Steuerpflichtigen. Diese zwei Prozent besitzen im Schnitt je 9,4 Millionen Franken. Auf der anderen Seite verfügen mehr als die Hälfte aller Steuerpflichtigen über gar kein Vermögen oder eines von weniger als 50 000 Franken.

### **Reiche wurden reicher - und vom Staat entlastet**

Wie sich die ungleiche Vermögensverteilung auswirkt, zeigte sich, als der Bund ab 16. März notrechtlich die Wirtschaftstätigkeit einschränkte, um die Ausbreitung der Corona-Epidemie zu bremsen. Darauf bekamen viele Kleingewerbler und Angestellte schon innert Monatsfrist Liquiditätsprobleme. Denn obwohl die

Schweizer Wirtschaft, gemessen am teuerungsbereinigten BIP, seit der Jahrtausendwende um annähernd 40 Prozent gewachsen ist, konnten sie keine finanziellen Reserven bilden. Die zwei Prozent der Reichsten hingegen haben seit dem Jahr 2000 ihr Vermögen verdreifacht.

Die Reichen wurden nicht nur reicher, weil ihre Einkommen aus Arbeit und Kapital (steigende Aktienkurse) sowie Immobilien und Erbschaften überdurchschnittlich gestiegen sind. Gleichzeitig profitierten sie von sinkenden Steuern. Das zeigen Daten zur Schweiz, die der Ökonom Hans Baumann zusammentrug und letzte Woche mittels untenstehender Grafik [3] in der Gewerkschaftszeitung "Work" veröffentlichte.

Demnach sank zum Beispiel die fiskalische Belastung von Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 500 000 Franken in der Stadt Zürich seit 1980 kontinuierlich von rund 30 auf heute noch 20 Prozent; ähnlich verhält es sich in anderen Kantonen. Noch stärker, nämlich auf die Hälfte, sank in der Schweiz seit 1980 die Steuerbelastung für Unternehmen; dies besonders stark mit der jüngsten Steuerreform.

Auf der anderen Seite trifft die Krise - einmal mehr - Leute mit unterdurchschnittlichem Einkommen und Vermögen besonders stark. So beantragten die Firmen in der Schweiz seit Beginn der Corona-Epidemie für rund ein Drittel aller Angestellten Kurzarbeit. Damit bescherten sie ihnen eine Lohneinbusse von 20 Prozent. Auch die jetzt wieder zunehmende Arbeitslosigkeit betrifft ärmere Leute stärker als reiche.

Trotzdem lehnte es das Parlament Anfang Mai ab, die Stützungsmaßnahmen für Unternehmen mit einem Dividendenverzicht zu verknüpfen. Somit finanziert der Staat mit seinen Bürgschaften für Kredite indirekt die Eigentümer der Unternehmen.

### **Wer soll das alles bezahlen?**

Die wachsende Staatsverschuldung, welche die aktuelle Wirtschaftskrise dämpft, wird in den nächsten Jahren den Verteilungskampf verschärfen. Linke und teilweise auch Grüne verlangen, der Staat müsse die Wirtschaft mit vorgezogenen Investitionen und Konjunkturprogrammen wieder ankurbeln. Das wird die Staatsverschuldung zusätzlich erhöhen. Und wer soll das alles finanzieren? "Die zusätzlichen Mittel müssen bei jenen eingefordert werden, die in den letzten Jahren von Steuerenkungen profitiert haben", vertritt der gewerkschaftsnahe Ökonom Hans Baumann und fordert: "Mit einer Sondersteuer auf hohes Einkommen, einer Abgabe auf sehr hohes Vermögen und einem Solidaritätszuschlag bei den Unternehmenssteuern."

Bürgerliche Parteien hingegen werden bald schon staatliche Sparmassnahmen verlangen, die erfahrungsgemäss Arme stärker treffen als Reiche. Gleichzeitig halten sie an ihren Plänen für weitere Steuerenkungen fest (etwa die Abschaffung der Stempelsteuer), um die Wirtschaft zu entlasten. Bleibt die Frage: Welche Seite wird sich durchsetzen? Als Schiedsrichter entscheiden in der Schweiz die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Spätestens bei den nächsten Wahlen.

### **Der globale Schuldenurm**

Die weltweiten Gesamtschulden beliefen sich im Jahr 2019 auf rund 250 Billionen (250 000 Milliarden) US-Dollar. Das zeigt eine Zusammenstellung des Internationalen Instituts für Finanzen (IIF). Von der Summe entfielen 68 Billionen oder etwas mehr als ein Viertel auf die in diesem Artikel thematisierten Staatsschulden, 47 Billionen auf Haushalte und 74 Billionen auf Unternehmen ausserhalb des Finanzbereichs. Die übrigen 61 Billionen entfallen laut IIF auf den sogenannten Finanzbereich.

Diese Gesamtschulden von 250 Billionen US-Dollar waren 2019 annähernd dreimal so hoch wie die globale Wirtschaftsleistung, gemessen am BIP in einem Jahr (86 Billionen US-Dollar). Die Quote der globalen Staatsschulden allein am BIP betrug damit knapp 80 Prozent; sie lag also unter den Schuldenquoten der USA (107 %) und der Eurozone (86 %), aber über jener der Schweiz (40 %).

### **Hohe Haushaltschulden in der Schweiz**

Die Gesamtschulden in der Schweiz beliefen sich im Jahr 2017 auf 1,851 Billionen Franken. Sie waren damit annähernd dreimal so hoch wie das Schweizer BIP. Damit bewegt sich die Gesamtschulden-Quote in der Schweiz etwa im globalen Mittelfeld, während der Anteil der Staatsschulden - wie oben gezeigt - deutlich unter dem globalen Durchschnitt liegt. Überdurchschnittlich hoch sind in der Schweiz - immer gemessen am BIP - die

Schulden der privaten Haushalte. (855 Mrd. Franken). Ihr Anteil am BIP liegt damit global im Spitzenfeld. Das ist primär auf die hohen Hypothekenschulden zurückzuführen.

## POLITIK / FAKTEN / SICHERHEIT

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

### **Die internationale Rüstungskontrolle bröckelt weiter**

*von Andreas Zumach, INFOsperber, 23. Mai 2020*

*Link zur Erstveröffentlichung mit Grafiken:*

<https://www.infosperber.ch/Artikel/Wirtschaft/Corona-Epidemie-lasst-die-Staatsschulden-explodieren>

#### **Anmerkungen:**

[1] Bildunterschrift der im Schattenblick nicht veröffentlichten Grafik: Entwicklung der Staatsverschuldung in den USA, der Eurozone und der Schweiz (Bund, Kantone, Gemeinden) von 2000 bis 2020. Grafik: Guggenbühl

[2] <https://monde-diplomatique.de/artikel/!634239>

[3] Bildunterschrift der im Schattenblick nicht veröffentlichten Grafik: Entwicklung der Steuerbelastung von Unternehmen und hohen Einkommen. Grafik: Baumann/work

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

#### **Quelle:**

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtschaft/pwsch189.html>

**Die USA wollen aus dem multilateralen "Open Skies"-Abkommen aussteigen, das zur Förderung des gegenseitigen Vertrauens gedacht war.**

Dem Gebäude internationaler Rüstungskontrolle droht weiterer Abbruch. Nach ihrem Rückzug aus dem Atomabkommen mit Iran und dem mit Moskau vereinbarten bilateralen INF-Vertrag zum Verbot landgestützter nuklearer Mittelstreckenraketen wollen die USA auch aus dem multilateralen "Open Skies" (Offene Himmel) genannten Abkommen über vertrauensbildende militärische Beobachtungsflüge aussteigen. Das kündigte Präsident Donald Trump am Donnerstagabend an und verwies zur Begründung auf angebliche Vertragsverletzungen durch Russland. Deutschlands Außenminister Heiko Maas erklärte, die Bundesregierung wolle gemeinsam mit europäischen Bündnispartnern versuchen, Washington von dem Ausstieg aus dem Vertrag, der in sechs Monaten erfolgen würde, abzuhalten.

Der "Open Skies"-Vertrag [1] ist seit 2002 in Kraft. Er erlaubt seinen 34 Vertragsstaaten - USA, Kanada, Russland und weitere 31 europäische Länder - mehrfach im Jahr kurzfristig angekündigte Überwachungsflüge im gesamten

Luftraum "zwischen Vancouver und Wladiwostok". In den letzten 18 Jahren fanden über 1500 derartige Flüge statt, an denen immer sowohl Vertreter der beobachtenden als auch der beobachteten Staaten teilnehmen. Die Überwachungsflüge sollen unter anderem dazu dienen, die Einhaltung des 1990 ebenfalls im Rahmen der KSZE vereinbarten Vertrages über die Begrenzung konventioneller Waffen und Streitkräfte in Europa (KSE) zu überwachen.

Die Trump-Administration wirft Moskau vor, Kontrollflüge über der russischen Exklave Kaliningrad - wo Washington die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen vermutet - einzuschränken sowie über dem Grenzgebiet zwischen Russland und Georgien, das zwischen den Regierungen in Moskau und Tiflis umstritten ist. Dadurch werde "die Transparenz in einem sehr militarisierten Gebiet reduziert", erklärte das Pentagon. Das russische Außenministerium kritisierte Trumps Ankündigung zum Ausstieg aus dem Vertrag als "absolut unbegründet".

Kritik an Moskau hat zwar auch die NATO seit 2018 geäußert. Zugleich hat das Militärbündnis aber die rüstungskontrollpolitische Bedeutung des Vertrages unterstrichen und an Washington

appelliert, an dem Vertrag festzuhalten. Auf Grund der unterschiedlichen Entwicklungen in der Rüstungs- und Überwachungstechnologie seit der Aus handlung des Vertrages ist er inzwischen allerdings von unterschiedlicher Bedeutung für die Partner im NATO-Bündnis. Anders als die Europäer verfügen die USA inzwischen über Überwachungssatelliten, mit denen sie alle militärischen Aktivitäten Russlands viel genauer und verlässlicher kontrollieren und ausspionieren können, als mit Flugzeugen. Umgekehrt hat Russland auf die Verbesserung flugzeuggestützter Überwachungstechnologie gesetzt und ist nach Auskunft von Experten möglicherweise bereits in der Lage, Luftaufnahmen mit einer Auflösungsgenauigkeit unterhalb der im "Open Skies"-Vertrag festgelegten Grenze von 30 Quadratcentimetern zu machen. US-Präsident Trump war

laut "New York Times" sehr verärgert über einen Flug der russischen Luftwaffe über seinem Golf-Resort im Bundesstaat New Jersey im Jahr 2017.

Das "Open Skies"-Abkommen wurde zwischen 1990 und 1992 von den damals 35 Mitgliedsstaaten der "Konferenz (heute: Organisation) für Sicherheit und Zusammenarbeit" (K/OSZE) ausgehandelt und bis zu seinem Inkrafttreten im Jahr 2002 schliesslich von 34 Staaten unterschrieben und ratifiziert: den damals 16 NATO-Staaten, allen Mitgliedern des ehemaligen Warschauer Pakts sowie von acht der seinerzeit zwölf blockunabhängigen KSZE-Mitgliedern. Österreich, Schweiz, Zypern, Lichtenstein und Andorra blieben dem Abkommen fern.

*Erstveröffentlichung:*  
<https://www.infosperber.ch/Arti->

kel/Politik/Open-Skies-Vertrag-USA-Ausstieg-Ankündigung

**Anmerkung:**

[1] <https://www.armscontrol.org/act/2019-01/features/open-skies-treaty-quiet-legacy-under-threat>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

**Quelle:**

Internationale Presseagentur  
Presenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@presenza.com](mailto:redaktion.berlin@presenza.com)  
Internet: [www.presenza.com/de](http://www.presenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/fakten/pfsic195.html>

**POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION**

**Deutungshoheit rechtslastig ...**

***Parallel zum Prozess gegen die beiden Angeklagten ab Mitte Juni soll in einem Untersuchungsausschuss im hessischen Landtag zudem der Frage nachgegangen werden, ob es möglicherweise in Kassel eine Zelle des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) gegeben hat. Ob die beiden Angeklagten dieser Zelle möglicherweise angehörten. Und: Ob Beamte, etwa des hessischen Verfas-***

***sungsschutzes und der Polizei, zu Unterstützern dieser möglichen Untergrundstruktur gehörten.***

[1]

(SB) 2. Juni 2020 - In der Nacht vom 1. zum 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke auf der Terrasse seines Hauses aus nächster Nähe erschossen. Seit diesem spektakulären politischen Mord ist ein Jahr

vergangen, in dem der Staatsschutz die Aufklärung bis hin zur Prozeßeröffnung vorangetrieben, doch zugleich in eine für ihn unverfängliche Richtung geschoben hat. Wie der sprichwörtliche Elefant steht der Verdacht im Raum, es habe sich wie schon im Falle der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) nicht um Einzeltäter, sondern ein rechts-extremes Netzwerk gehandelt, in

das der Inlandsgeheimdienst verstrickt war. Was die Szene in Kassel betrifft, handelte es sich in beiden Fällen um einen nahezu identischen Kreis von etwa 50 Personen, in dem der Verfassungsschutz mindestens ein halbes Dutzend V-Leute plazierte hatte. Es ist daher kaum vorstellbar, daß ihm die Strukturen, Kontakte und Umtriebe der maßgeblichen Akteure entgangen sein sollen.

Walter Lübcke war ins Visier gewaltbereiter Rechtsextremisten geraten, als er am 14. Oktober 2015 in der Stadthalle von Lohfelden 800 Bürger über eine geplante Flüchtlingsunterkunft informieren wollte. Von Aktivisten der Kagida, dem Kasseler Ableger von Pegida, ständig lautstark unterbrochen, setzte sich der CDU-Politiker in Verteidigung der Flüchtlinge mit den Worten zur Wehr: "... es lohnt sich, in unserem Land zu leben. Da muss man für Werte eintreten, und wer diese Werte nicht vertritt, der kann jederzeit dieses Land verlassen, wenn er nicht einverstanden ist. Das ist die Freiheit eines jeden Deutschen." Diese Szene hielt Markus Hartmann, jener der Beihilfe zum Mord an Lübcke angeklagte Freund des ebenfalls anwesenden Stephan Ernst, mit seinem Smartphone fest und stellte sie noch am selben Abend ins Internet. Mit diesem Video sollte die für die Rechte zentrale ideologische Botschaft befeuert werden, in Europa sei eine große "Umvolkung" im Gange, die von "Volksverrätern" betrieben werde, gegen die sich das Volk wehren müsse. [2]

Im Zuge einer systematisch betriebenen Kampagne veröffentlichte der rechtsextreme Blog Politically Incorrect News (PI-News) bereits am nächsten Tag einen Artikel mit

Angabe der Adresse, Telefonnummer und E-Mail-Adresse von Walter Lübcke. Die Videosequenz wurde in den folgenden Tagen verlinkt. In der Kommentarspalte riefen Leser dazu auf, "dort vorbeizuschauen", und es wurde angekündigt: "Der Kasper aus Kassel macht es nicht mehr lange." Der Bundesvorstand der AfD postete das Video bei Facebook mit der Parole: "Noch ist es unser Land, Herr Lübcke!" Fünf Tage nach der Veranstaltung griff der Autor Akif Pirincci als Hauptredner der Kundgebung zum einjährigen Bestehen von Pegida in Dresden vor 20.000 Menschen Walter Lübcke scharf an.

Damit waren die Schleusen geöffnet. Auf Youtube, Facebook und Twitter, in Chaträumen und rechten Foren kursierte immer wieder diese Videosequenz und machte Lübcke zur Zielscheibe rechter Angriffe. Ein Shitstorm flutete sein Mailpostfach, und seine Versuche, die Äußerungen klarzustellen, waren in dieser Szene zum Scheitern verurteilt. Er wurde als vermeintlicher Inbegriff eines verhassten politischen Establishments zur Symbolfigur. Die frühere CDU-Politikerin Erika Steinbach, inzwischen Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, verlinkte die Videosequenz am 18. Februar 2019 in einem Tweet für ihre 80.000 Follower auf Twitter, worauf die verbalen Angriffe gegen Lübcke abermals losbrachen.

Wenngleich man einräumen könnte, daß Medien und Öffentlichkeit verborgen geblieben sein mochte, welches Bedrohungspotential sich in der rechten Szene gegen Walter Lübcke aufgebaut hatte, mutet die Reaktion der ermittelnden Behörden nach dem Mord auf entspre-

chende Fragen von Journalisten doch eigenartig an. LKA Hessen und Staatsanwaltschaft wiesen einen solchen Verdacht als reine Spekulation zurück, welche die Ermittlungen behindere. Ein derartiges politisches Motiv sei nicht ersichtlich, und mit den Anfeindungen gegen Walter Lübcke habe der Mord nichts zu tun. Statt dessen wurden mögliche Spuren im Privatbereich, unter Protesten von Umweltschützern, aber auch ein Raubmord oder Kirmesstreit angeführt.

In einer Kehrtwende folgte am 15. Juni 2019 die Nachricht von der Festnahme eines Mannes im Kasseler Stadtteil Forstfeld, dessen DNA-Spuren am Tatort gefunden worden waren. Der Festgenommene habe einen rechtsradikalen Hintergrund. Zehn Tage später legte Stephan Ernst ein Geständnis ab, zwei Tage darauf führte er die Ermittler zu seinem Waffenversteck in einem Erddepot auf dem Betriebshof seines Arbeitgebers. Dort wurden fünf Schußwaffen, darunter die Tatwaffe gefunden. Ernst verriet das Versteck weiterer Waffen sowie die Namen derer, die sie ihm besorgt hatten. Daraufhin wurden Markus Hartmann in Kassel als mutmaßlicher Vermittler des Waffengeschäftes und Elmar J. als mutmaßlicher Lieferant verhaftet. Am 2. Juli widerrief Ernst mit einem neuen Anwalt sein Geständnis. Am 8. Januar 2020 legte er erneut ein Geständnis ab und belastete Hartmann als Todesschützen. Die Zurücknahme des ersten Geständnisses änderte jedoch an dessen juristischer Bewertung nichts, da die Aussagen umfassendes Täterwissen zeigten.

Erkenntnisse der antifaschistischen Rechercheplattform "Exif",

investigativer Journalistinnen und Journalisten sowie der Linksfraktion im Hessischen Landtag ermöglichen es, ein Bild der rechts-extremen Vita von Stephan Ernst und Markus Hartmann zu zeichnen. Ernst hat im Bundeszentralregister etwa ein Dutzend Einträge wegen Kriminalität wie schwerem Diebstahl, Wohnungseinbrüchen und Ladendiebstahl sowie 37 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund. Schon mit 15 Jahren legte er 1989 in Michelbach ein Feuer im Keller eines Mehrfamilienhauses, das mehrheitlich von Menschen türkischer Herkunft bewohnt wurde. Geahndet wurde diese Tat mit 80 Stunden gemeinnütziger Arbeit und einer Verwarnung. Mit 19 Jahren versuchte er im November 1992 mit einem Messer zum ersten Mal, einen Menschen eigenhändig zu töten. Sein türkisches Opfer konnte nur durch mehrere Notoperationen gerettet werden. Im Dezember 1993 verübte er einen Anschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Hohenstein-Steckenroth bei Wiesbaden. Eine selbstgebaute Rohrbombe zündete nur deswegen nicht, weil ein von ihm gelegtes Feuer rechtzeitig gelöscht werden konnte. Offensichtlich war eine Detonation während der Löscharbeiten geplant, um möglichst viele Menschen zu töten.

Erst nach diesen schweren Straftaten wurde Ernst vom Landgericht Wiesbaden am 12. Juni 1995 wegen Körperverletzung, Brandstiftung und versuchten Mordes zu der verhältnismäßig glimpflichen Jugendstrafe von sechs Jahren verurteilt. Schon Ende 1999 wurde er aus der Haft entlassen. Danach wohnte er durchgehend in Kassel und setzte seine Karriere im harten Kern der dortigen rechtsextremen

Szene fort. Im Jahr 2000 tauchte Ernst zweimal in Berichten des V-Mannes Benjamin Gärtner alias Gemüse über die "Freien Kameradschaften Kassel" auf, die dieser bei seinem V-Mann-Führer Andreas Temme ablieferte. Ernst wurde von einem Aussteiger als äußerst gefährlich beschrieben und legte ab 2001 eine Liste mit 60 Personen und Objekten an, die mögliche Anschlagziele sein könnten.

2003 würgte er bei einer Demonstration gegen die Wehrmachtausstellung in Neumünster eine Antifaschistin und wurde zu einer Geldstrafe in Höhe von 90 Tagesstrafen zu je zehn Euro verurteilt. Im Januar 2004 demonstrierte er in Gladenbach mit Mitgliedern der verbotenen Organisation "Blood and Honour" und führte eine verbotene Waffe mit sich. Es folgten Verurteilungen wegen Beleidigung und Körperverletzung (2005) sowie Besitz verbotener Gegenstände (2006). Bei weiteren ihm zur Last gelegten Straftaten wie Brandstiftung, Totschlag, gefährlicher Körperverletzung und Raub wurden die Verfahren mangels Beweisen eingestellt.

Auch Markus Hartmann war schon als Jugendlicher in der rechtsextremen Szene aktiv. Als 17-jähriger fiel er 1993 dem Verfassungsschutz auf, weil er unter anderem Szeneveranstaltungen in Mainz besuchte, wo die NSDAP-Verehrer Ursula und Curt Müller den harten Kern der militanten Szene um sich scharten. Hartmann war früh von Waffen fasziniert, trat in Schützenvereine ein, legte sich Schußwaffen zu und war im Internet als Händler bei eGun aktiv. Zusammen mit Stephan Ernst gehörte er jahrelang der gewaltbereiten Neonaziszene an und war mit ihm

im "Freien Widerstand Kassel" aktiv. 2006 wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er in einer Gaststätte den Hitlergruß gezeigt und "Sieg Heil" gerufen hatte.

Wenig später war er nach dem NSU-Mord an Halit Yozgat in Kassel sogar kurz in den Fokus der Ermittler geraten, weil er eine Website der Behörden zu der ungeklärten Mordserie ungewöhnlich oft besucht hatte. Im Verhör begründete er dies damit, Yozgat über einen Nachbarn kennengelernt zu haben. Auf seine aktiven rechtsextremen Aktivitäten wurde er nicht einmal angesprochen, und auch nach der späteren Enttarnung des NSU luden ihn die Ermittler nicht noch einmal vor. Im November 2008 ging er in Fulda mit der NPD auf die Straße. [3]

Am 14. Februar 2009 nahmen Stephan Ernst und Markus Hartmann in Dresden an einem der größten Aufmärsche der neonazistischen Szene im Nachkriegsdeutschland teil, wo sie ein Transparent "Wir vergessen nicht" der neonazistischen Kameradschaft "Freier Widerstand Kassel" trugen. Am 1. Mai 2009 beteiligten sie sich am Angriff von 400 Rechtsradikalen auf die 1.-Mai-Demonstration des DGB in Dortmund. Die Polizei konnte die Angreifer nicht stoppen und wurde überrannt, worauf die Neonazis nach ihrer äußerst brutalen Attacke randalierend durch die Innenstadt zogen und erst mittels polizeilicher Verstärkung festgesetzt werden konnten. Ernst wurde wegen Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall in Tateinheit mit versuchter gefährlicher Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte zu einer siebenmonatigen Frei-

heitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Hartmann kam sogar ohne Strafe davon.

Wenngleich die langjährig notori-sche Milde von Strafverfolgung und Justiz im Umgang mit rechts-extremen Tätern sattem bekannt ist, bleibt doch mit Zweifeln behaftet, wieso der einschlägig vorbestrafte Ernst und der ebenfalls behördlich bekannte Hartmann damals ungeschoren davonkamen. Auffällig ist, daß Stephan Ernst nach 2009 nicht mehr mit gerichtlich verfolgten Straftaten in Erscheinung getreten war, obgleich er seine Aktivitäten bruchlos fortsetzte und noch bis 2011 mit Markus Hartmann in der "Freien Kameradschaft Kassel" aktiv war. Nicht auszuschließen ist, daß Ernst angesichts einer drohenden erneuten Haftstrafe eine wie auch immer geartete Absprache mit dem Staatsschutz getroffen hat, die ihn nach offizieller Lesart erkalten ließ. Nach dem Mord an Walter Lübcke hieß es denn auch, der Tatverdächtige sei seit zehn Jahren nicht mehr in der rechtsextremen Szene aktiv gewesen und deshalb vom behördlichen Radar verschwunden.

Daß das nicht den Tatsachen entspricht, muß jedoch zumindest dem Verfassungsschutz bekannt gewesen sein, der die Kasseler Szene von innen her beobachtet hat. Nachdem das NSU-Trio im November 2011 aufgefliegen war, hielten sich die Neonazis zunächst bedeckt und organisierten sich neu. Neben den Freien Kameradschaften gewannen eine Gruppe des Netzwerks "Combat 18" und ein Kasseler Ableger der "Street-fighting Gang" um die Band "Oidoxie" aus Dortmund an Einfluß, die beide zum Unterstützernetz-

werk des NSU gezählt werden. Ernst führte nach außen hin ein eher unauffälliges Familienleben und arbeitete bei einem Bahntechnikhersteller. Im Internet war er jedoch weiter in der rechtsextremen Szene aktiv.

Seit Markus Hartmann 2003 sein Arbeitskollege geworden war, wurden ihre Beziehungen enger und die Gespräche radikaler. Die Rollenverteilung der beiden war nach Einschätzung der ehemaligen Lebensgefährtin von Hartmann so, daß Ernst eher der "Macher" und Hartmann eher der "Denker" war. Ab 2014 begann Ernst, sich zu bewaffnen. Hartmann, der 15 Jahre einen Onlinewaffenhandel betrieb, vermittelte ihm zwischen 2014 und 2018 den Kauf von fünf Waffen. 2016 setzte Ernst seine rechtsextremen Aktivitäten fort, postete im Internet, spendete Geld an den "Flügel" der AfD, nahm an rechten Demonstrationen teil, kaufte die Tatwaffe und begann mit Schießtrainings.

Ab Mitte 2016 entwickelten Ernst und Hartmann nach Bewertung der Bundesanwaltschaft den Plan, einen Anschlag auf Walter Lübcke zu verüben. Beide trainierten professionell am Schießstand und blieben parallel zu den heimlichen Vorbereitungen des Mordes öffentlich aktiv. Am 1. September 2018 nahmen sie an der spektakulären Demonstration in Chemnitz teil, bei der AfD und Neonazis gemeinsam auf die Straße gingen und es zur Jagd auf Ausländer kam. Ein Foto der Plattform Exif belegt die Teilnahme der beiden und widerlegt die Behauptung der Sicherheitsbehörden, Ernst sei seit Jahren inaktiv gewesen, ebenso wie ein später vom MDR veröffentlichtes Video von der Demon-

stration, in dem er ebenfalls zu sehen ist. Wahrscheinlich nahm er am 23. März 2019 an einem konspirativen Treffen der international agierenden neonazistischen Terrorgruppe "Combat 18" in Sachsen teil, das der Vernetzung mit der dortigen Neonazibruderschaft "Brigade 8" dienen sollte. Da dieses Treffen nur einem exklusiven Kreis von Kadern zugänglich war, würde eine mögliche Teilnahme Ernsts darauf hindeuten, daß er zum inneren Zirkel von "Combat 18" gehörte.

Die Bundesanwaltschaft verdächtigt Stephan Ernst inzwischen auch, am 6. Januar 2016 einen Mordanschlag auf einen irakischen Asylbewerber verübt zu haben. Der Mann war von hinten mit einem Messer in den Rücken gestochen worden und hatte den Anschlag, der 2,5 Kilometer von Ernsts Wohnhaus entfernt verübt wurde, nur mit Glück überlebt. Hingegen war der Mord an Lübcke akribisch geplant. Im Mai 2019 legte Hartmann seinen Account zum Waffenverkauf still. Ernst verabredete mit einem Arbeitskollegen, ihm für die Tatnacht ein Alibi zu verschaffen. Am Tatabend schaltete er sein Smartphone aus. Kurz vor Mitternacht am 1. Juni 2019 wurde Walter Lübcke auf der Terrasse seines Hauses mit einem Revolver erschossen. Aufgrund der kriminaltechnischen Untersuchungen gehen die Ermittler davon aus, daß ein selbst hergestelltes Projektil mit geringerer Durchschlagskraft verwendet wurde. Wenngleich bekannt ist, daß Hartmann Munition anfertigte, gibt es bislang keinen Beweis, daß er konkret in die Tatplanung eingeweiht oder gar selbst am Tatort war und geschossen hat, wie dies Ernst in seinem zweiten Geständnis erklärt hatte.

Bereits Ende 2018 hatte Hartmanns Ex-Freundin im Rahmen eines Sorgerechtsstreits das Familiengericht gewarnt, er besitze illegale Waffen wie auch Chemikalien zur Sprengstoffherstellung und stelle Munition her. Seine Gesinnung beschrieb sie als "rechtsextrem". Diese Vorwürfe leitete das Gericht offenbar nicht an die Strafverfolger weiter. Nach dem Geständnis von Stephan Ernst wurden bei der Durchsuchung von Markus Hartmanns Wohnung im Juni 2019 drei Pistolen, fünf Gewehre, mehr als 5000 Patronen wie auch Handgranatentrappen, Luftdruckwaffen und Deko-Waffen sichergestellt. Zudem fanden die Ermittler rechtsextreme Devotionalien, unter anderem ein Feuerzeug mit der SS-Lozung "Meine Ehre heißt Treue", eine antisemitische Propagandaschrift und Rechtsrock-CDs. [4]

Drei Kurz- und zwei Langwaffen waren auf Hartmanns Waffenbesitzkarten eingetragen und somit legal. Die Stadt Kassel hatte ihm zwar zunächst aufgrund seiner rechtsradikalen Aktivitäten 2007 und 2012 keinen Waffenbesitz erlaubt, aber er zog dagegen vor Gericht und bekam 2015 Recht. Dabei profitierte er davon, daß der Verfassungsschutz keine aktuellen Erkenntnisse zu ihm vorlegte. Zuletzt kontrollierte ihn die Waffenbehörde im Februar 2019 ohne Beanstandungen. Da Hartmann bei einer Rüstungsfirma gearbeitet hatte, wurde er der obligatorischen Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Dabei teilte das Polizeipräsidium Nordhessen in Kassel dem Verfassungsschutz mit, daß "keine aktuellen staatschutzpolizeilichen Erkenntnisse" vorlägen. Die Antwort der Polizei erfolgte fünf Tage nach dem tödlichen Attentat auf Lübcke, doch wurde zu diesem

Zeitpunkt noch nicht gegen Hartmann wegen Beihilfe ermittelt. [5]

Der Bundesgerichtshof geht davon aus, daß Hartmann spätestens seit Juli 2016 wußte, daß Ernst ein Attentat plante. Er habe dessen "Motive und Ziele" geteilt und ihn darin bestärkt, "das Vorhaben tatsächlich auszuführen". Beide hätten sich spätestens ab 2014 gemeinsam weiter radikalisiert und gegenseitig darin bestätigt, "zur Abwendung der aus ihrer Sicht bedenklichen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland sich bewaffnen und nunmehr aktiv werden zu müssen". Markus Hartmann ist wegen Beihilfe zum Mord angeklagt, für einen direkte Tatbeteiligung fand die Bundesanwaltschaft jedoch keine Beweise.

Wie jüngst bekannt wurde, fanden die Ermittler auf einem Mobiltelefon Hartmanns ein abfotografiertes Dokument der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung, das als "Verschlussache - nur für den Dienstgebrauch" eingestuft war. Wie Hartmann in den Besitz einer Schulungsunterlage zur Polizistenausbildung, in der es um Fahndungen in Fällen "terroristischer Gewaltkriminalität von bundesweiter Bedeutung" ging, gekommen ist, konnte bislang nicht geklärt werden. [6] Daß Stephan Ernst mit dem Verfassungsschutz zusammengearbeitet haben könnte, wird sowohl vom Landesamt selbst, von dessen Dienstherrn Innenministerium und auch von der Bundesanwaltschaft entschieden verneint. Bei Markus Hartmann sieht das etwas anders aus. Als die entsprechende Frage im Januar 2020 im Innenausschuß des hessischen Landtags an eine Vertreterin der Bundesanwaltschaft gerichtet wurde, erklär-

te sie, sie sei nicht befugt, darüber Auskunft zu geben.

Nach dem Mord an Walter Lübcke wurden Forderungen laut, die für 120 Jahre verschlossene NSU-Verfassungsschutzakte zumindest für parlamentarische Gremien offenzulegen. Die einzige Maßnahme der hessischen Landesregierung war jedoch, die Sperrfrist auf 30 Jahre zu verkürzen. Nun will ein Untersuchungsausschuß im Landtag der Frage nachgehen, ob es in Kassel eine Zelle des NSU gegeben hat, ob die beiden Angeklagten dieser Zelle angehört und ob Beamte des Verfassungsschutzes und der Polizei zu Unterstützern dieser möglichen Untergrundstruktur gehörten.

#### *Anmerkungen:*

[1] [www.deutschlandfunk.de/ein-jahr-nach-mord-an-walter-luebcke-zaesur-in-der.2897.de.html](http://www.deutschlandfunk.de/ein-jahr-nach-mord-an-walter-luebcke-zaesur-in-der.2897.de.html)

[2] [www.jungewelt.de/artikel/377228.prozess-gegen-rechtsterroren-todliche-ignoranz.html](http://www.jungewelt.de/artikel/377228.prozess-gegen-rechtsterroren-todliche-ignoranz.html)

[3] [www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-03/mordfall-walter-luebcke-markus-h-rechtsextremismus-festnahme](http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-03/mordfall-walter-luebcke-markus-h-rechtsextremismus-festnahme)

[4] [www.tagesschau.de/investigativ/ndr/mord-luebcke-helfer-101.html](http://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/mord-luebcke-helfer-101.html)

[5] [www.jungewelt.de/artikel/375676.mordfall-luebcke-sicherheitsueberpruefung-bestanden.html](http://www.jungewelt.de/artikel/375676.mordfall-luebcke-sicherheitsueberpruefung-bestanden.html)

[6] [www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-05/walter-luebcke-mord-ermittlungen-mordhelfer-markus-h-vertrauliche-polizeiunterlagen](http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-05/walter-luebcke-mord-ermittlungen-mordhelfer-markus-h-vertrauliche-polizeiunterlagen)

*<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1704.html>*

## **USA - Aufstand in den Städten ...**

(SB) 2. Juni 2020 - Erst vier Tage nach dem 25. Mai, als der Polizeibeamte Derek Michael Chauvin den Afroamerikaner George Perry Floyd langsam und unter den Augen zahlreicher Passanten, die das Geschehen beobachteten ohne einzugreifen, ums Leben brachte, wurde ein Haftbefehl gegen den Täter vollstreckt und Anklage nicht wegen eines im Vorsatz begangenen Mordes, sondern Totschlages erhoben. Im Bundesstaat Minnesota, wo Weiße 85 Prozent der Bevölkerung stellen und die soziale Ungleichheit zwischen den Ethnien besonders ausgeprägt ist, ist es überhaupt das erste Mal, daß gegen einen weißen Polizisten wegen der Tötung eines nichtweißen Menschen Anklage erhoben wird, obwohl solche Vorfälle dort nicht weniger häufig sind als in anderen Bundesstaaten.

Wäre es nach der zuständigen Staatsanwaltschaft gegangen, dann wäre es auch nicht dazu gekommen. Diese kaum anders denn als offenkundiger Mord zu bezeichnende Tat wäre wie viele andere Fälle, in denen Schwarze von weißen Polizisten oder selbsternannten Bürgerwehren erschossen wurden, ohne daß es zu einer Anklage oder einem Strafurteil kam, in den vor vergessenen Unrecht überquellenden Schubladen des Alltagsrassismus in den USA verschwunden. Es bedurfte eines regelrechten Aufstandes, um den Zorn der Men-

schon auf eine Weise zu artikulieren, die schließlich zur Anklageerhebung und Verhaftung Chauvins führte. Die drei bei der Tat anwesenden Kollegen sind weiterhin frei, obschon unterlassene Hilfeleistung das mindeste wäre, was ihnen angelastet werden könnte.

"No Justice, No Peace!" - immer wieder, wenn Schwarze durch die Hände weißer RassistInnen sterben, macht dieser vielstimmige Ruf deutlich, daß eine wehrlose Hinnahme dieses und weiterer Morde nicht zur Disposition steht. Das geltende Recht wird allerdings von der Justiz einer mehrheitlich weißen Klassengesellschaft vollzogen und ist in sich selbst zutiefst rassistisch strukturiert. Gleiches gilt für das monströse Strafvollzugssystem, das 2,3 Millionen Menschen ihrer Freiheit beraubt, 3,6 Millionen Entlassene mit Bewährungsaufgaben versehen hat, deren Bruch sofort zurück in den Knast führt, und fast 5 Millionen ehemalige Häftlinge durch verschiedene Formen des Entzuges von Bürgerrechten auch noch Jahre nach ihrer Entlassung sanktioniert. Schwarze sind von der einschüchternden, lähmenden und jeden Widerstand mit folterartigen Isolationsmaßnahmen strafenden Gewalt dieses Systems weit überproportional betroffen, also auch in der Freiheit ihrer politischen Betätigung stark eingeschränkt.

Der soziale Krieg, der permanent gegen ethnische Minderheiten und andere marginalisierte Gruppen der US-Gesellschaft geführt wird, dient der Aufrechterhaltung massiver sozialer Ungleichheit, deren rassistischer Charakter in zahlreichen damit befaßten sozialwissenschaftlichen Studien bestätigt wurde. Der Glaube daran, vor Gerichten Recht zu erhalten und soziale Widersprüche auf juristischem Wege beseitigen zu können, wird zwar von den politischen und kulturindustriellen Ideologieschmieden mit großer Überzeugungskraft beschworen, jedoch durch die soziale Wirklichkeit der US-Gesellschaft überzeugend widerlegt.

Die Bereitschaft, nun schon mehrere Tage währenden Widerstand zu leisten und sich nicht durch die Verurteilung militanter Aktionsformen auf eine Weise lähmen zu lassen, die eine wirkungsvolle Spaltung des Protestes ermöglichte, zeigt, daß der Boden des Fasses, aus dem sich diese Wut speist, längst noch nicht erreicht ist. Angesichts der furchteinflößenden Staatsgewalt kann die starke Beteiligung an den Protesten nur als Beleg dafür genommen werden, daß es sich bei diesem Aufstand um einen Befreiungsschlag handelt, der für zahlreiche Menschen, die gerade in Zeiten der Pandemie mit dem Rücken zur Wand stehen, gleichbedeutend ist mit dem Kampf um ihr Leben.

Militante Protestformen haben in den USA eine lange Geschichte. So wurde der Abzug der US-Truppen aus Vietnam nicht nur gewaltfrei erreicht, und auch viele andere sozialen Proteste der jüngeren US-Geschichte, die mit Straßenschlachten gegen die Polizei einhergingen, hatten eher den Charakter einer Initialzündung für das Entstehen selbstbewußt auftretender Gegenbewegungen, als daß die militante Option von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Entscheidend war stets, daß keine Gewalt gegen Menschen ausgeübt wurde, denn danach wäre eine blutige Eskalation womöglich nicht mehr zu stoppen gewesen.

Dazu allerdings kam es immer wieder nach den Aufständen empörter Schwarzer, die zu Dutzenden von der Polizei oder der Nationalgarde erschossen wurden, wenn sich ihr Zorn über die elenden Lebensbedingungen und die massive Unterdrückung durch die Staatsgewalt Bahn brach. Die großen Aufstände der 1960er Jahre, die sich an dem demütigenden, in sozialer Verelendung, räumlicher Segregation und aggressiver Verächtlichkeit hervortretenden Rassismus entzündeten, die landesweiten militanten Proteste nach der Ermordung Martin Luther Kings, der Aufstand in Los Angeles gegen die brutale Mißhandlung Rodney Kings - immer wieder mußten die Protestierenden einen hohen Blutzoll entrichten, um überhaupt Gehör zu finden.

Dennoch ist es kaum zu materiellen Verbesserungen der sozialökonomischen Lage der meisten afroamerikanischen BürgerInnen gekommen. Zwar wurden auf vielen Gebieten formale Gleichstel-

lungsregeln durchgesetzt, und es gibt inzwischen zahlreiche schwarze MandatsträgerInnen auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung. Am strukturellen Rassismus in der Praxis vieler Behörden hat das jedoch wenig geändert, sorgt doch die privatwirtschaftliche Eigentumsordnung wirksam dafür, daß vorrangig zum Zuge kommt, wer zahlungsfähig ist. Die formalrechtliche Aufwertung der People of Color in den USA hat dafür eine schwarze Bourgeoisie hervorgebracht, die allzuoft als Legitimationsfaktoren einer Befriedungspolitik auftritt, die virulente und explosive soziale Widersprüche besonders effizient unter die Decke des Schweigens verbannt.

Der afroamerikanische Intellektuelle Cornel West, der in den 1960er Jahren selbst auf der Straße aktiv war, meinte zu der traurigen Tatsache, daß die umstehenden Menschen George Floyd nicht zur Hilfe kamen, daß so etwas zu seiner Zeit gar nicht möglich gewesen wäre. Zum einen habe die Polizei selbst Angst vor dem Widerstand der Menschen gehabt, zum andern habe die Schwelle der Angst vor der Staatsautorität sehr viel niedriger gelegen als heute. Man habe heute Zuschauer aus der schwarzen Bevölkerung gemacht, so das bittere Resümee Wests.

Wie der weitere Verlauf der Proteste gezeigt hat, hat sich die Wut der Menschen auf eine Weise Bahn gebrochen, die den autoritären Sicherheitsstaat mit Mitteln auf den Plan ruft, die an eine echte Kriegserklärung grenzen. Daß die Bereitschaft der Administration, den Befehl zur Anwendung von Schußwaffen zu geben, ihrer-

seits alles andere als farbenblind ist, dafür bietet die blutige Geschichte weißer Suprematie in den USA auch nach dem offiziellen Ende der Sklaverei eine Vielzahl von Belegen.

Hätten schwarze AktivistInnen heute von ihrem Recht auf Waffenbesitz Gebrauch gemacht und wären schwerbewaffnet vor der Legislative von Minnesota aufmarschiert, dann hätte diese Provokation mit großer Wahrscheinlichkeit zur Anwendung polizeilicher Gewalt geführt. Vor nur wenigen Wochen hatten Hunderte mit halbautomatischen Waffen ausgerüstete weiße Rechtsradikale die Arbeit der Parlamente in Michigan und Wisconsin lahmgelegt, ohne daß es zum Eingreifen der Polizei oder auch nur einer Verhaftung gekommen wäre. Die Zerschlagung der Black Panther Party durch eine Serie staatlich orchestrierter Morde an ihren Anführern war eine mittelbare Folge dessen, daß diese sozialistische Bewegung das Recht auf Waffenbesitz in Anspruch genommen hatte. Es ist wiederum kein Zufall, daß der US-Präsident, der den Demonstrierenden den Einsatz des Militärs gegen sie angedroht hat, unter den Bürgermilitizen im Land erheblichen Rückhalt genießt, bei denen es sich mehrheitlich um schwerbewaffnete rechtsradikale Organisationen handelt.

Wie stets in kapitalistisch organisierten Gesellschaften bleibt auch in diesem Fall die strukturelle Gewalt sozialökonomischer Ungleichheit unsichtbar eingegossen in den scheinbaren Frieden gesellschaftlicher Normalität. Werden diese Gewaltverhältnisse durch die am meisten von ihnen

**POLITIK / MEINUNGEN**

**Trumps Pressekrieg ...**

Betroffenen gegen sich selbst gekehrt, werden sie als Aggressoren gebrandmarkt, die sich nicht daran gehalten hätten, auf politischem oder juristischem Weg auf ihr Recht zu pochen. Solange es rechtens ist, daß wenige Menschen in jeder Beziehung privilegiert sind, während viele andere ein häufig deutlich kürzeres Leben unter Schmerzen und Entbehnungen fristen, kann gegen dieses Argument kein Einwand erhoben werden.

Der nun in Gedenken an George Floyd laut erklingende Ruf "We can't breathe!" nimmt dessen in höchster Not ausgestoßenen Hilferuf auf, um die bedrückende Situation schwarzer Menschen in den USA auf eindrückliche Weise auf den Begriff zu bringen. Dabei ist nicht zu vergessen, daß der Rassismus in den USA im europäischen Kolonialismus wurzelt und auch in Europa niemals verschwunden ist. Es gibt keinen Grund dafür, aus deutscher Perspektive den Zeigefinger in Richtung USA zu erheben, aber viele Gründe dafür, Solidarität mit den Protestierenden dort zu üben. Die Beteiligung vieler weißer AktivistInnen an den Demonstrationen und die breite Mobilisierung in linksradikalen Gruppen zeigt, daß es bei diesem Aufstand um weit mehr geht als Rassismus. Was aus Anlaß der Ermordung George Floyds losbrach, bedurfte nur eines Funkens wie diesem, um die massive soziale Ungleichheit auf die Agenda zu setzen, die dem weißen Rassismus vorausgeht und zur Explosion des Zornes auf der Seite der Unterdrückten geführt hat.

*<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1897.html>*

*(SB) 2. Juni 2020* - US-Präsident Donald Trump weitete seinen Krieg gegen die Presse inzwischen auch auf sein Lieblingsmedium aus: Twitter. Ganz nach dem Motto, daß nur er das Recht hat, anderen "Fake News" an den Kopf zu werfen, bezichtigt er den Kurznachrichtendienst der Zensur. Dieser hatte es vor kurzem gewagt, eine Kurznachricht Trumps mit der Anmerkung "Faktencheck" zu versehen und darin zu erklären, daß die Behauptung Trumps, Briefwahl beste Wahlbetrug Vorschub, "irreführend" ist. Später wurde ein weiterer Tweet Trumps mit einem "Faktencheck" markiert.

Alle US-Präsidenten hatten ihre Kanäle, Medien und Hofberichterstatte, denen sie Informationen zuspielten, damit sie diese weiterverbreiten, und ließen umgekehrt unliebsame Presseleute gar nicht erst in ihre Nähe. Trump treibt dies jedoch auf die Spitze, indem er Pressekonferenzen verläßt, wenn ihm die Fragen nicht gefallen, und bei Wahlveranstaltungen sogar seine Anhänger gegen die Presse aufwiegelt, so daß sie aus Sorge um ihre Sicherheit sich genötigt sehen, das Feld zu räumen. Wenn nun Trump von der "Freiheit des Internets" fabuliert, die er durch Twitter gefährdet sieht, dann bedient er sich lediglich des Vokabulars einer Bewegung, die gegen jede Regulation im Internet plädiert. Trumps "Freiheit" da-

gegen würde auf ein Internet hinauslaufen, das so sehr eingeschränkt wäre, daß nur noch ihm wohlgesonnene Meinungen propagiert werden.

Bei dem Streit zwischen Twitter und Trump stehen sich nicht zwei Kontrahenten diametral gegenüber. Man hat gemeinsame Interessen. Unter dem Account "The Real Trump" bedient sich der US-Präsident dieses sozialen Mediums als seiner wichtigsten "Trumpete" für Verlautbarungen aus dem Weißen Haus, was wiederum Twitter enorm aufgewertet hat. Und 81,1 Millionen Follower des "Real Trumps" können sich bekanntlich so wenig irren wie ein Schwarm Fliegen beim Anblick ihrer Lieblings Speise ...

Die Plattform Twitter verschafft dem US-Präsidenten die Möglichkeit, seine kindliche Selbstbezogenheit auszuleben, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Er hat es geschafft, Sprunghaftigkeit und eklatante Widersprüchlichkeit zu seinem Markenzeichen zu machen - womit nicht unterstellt werden soll, daß er sich dafür sonderlich anstrengen mußte. Gestern noch droht er dem nordkoreanischen Staatsführer Kim Jon-un mit der totalen Vernichtung, heute schmeichelt er ihm als einem guten Freund; gestern noch war für ihn Covid-19 nur eine leichte Erkältung, heute stimmt er die USA auf schwere Zeiten im Kampf

gegen das Coronavirus ein; gestern noch läßt er sich den Atomkoffer geben und drückt mit gewichtiger Miene den roten Knopf, heute bedauert er die vielen Opfer ... ach nein, das letzte Beispiel steht erst noch bevor.

Widersprüchlichkeit im eigenen Handeln ist eine bewährte Herrschaftstechnik, sie wurde nicht von Trump erfunden. Das hat in seiner Amtszeit schon viele, die ihm politisch nahe standen und nicht schnell genug waren, um seine Kehrtwendungen mitzuvollziehen, verschlissen, ist aber keine Schwäche, sondern Programm. Hätte Trump dagegen seine manchmal inhaltlich einander diametral gegenüberstehenden Verlautbarungen als offizielle Presseerklärungen mit Briefkopf und Siegel des Weißen Hauses abgegeben, hätte ihn das vermutlich längst den Stuhl gekostet. So aber kann er sagen, ohne es jemals aussprechen zu müssen: War ja nur ein Tweet.

Diese Kurznachrichten haben eine noch kürzere Halbwertszeit als das Erinnerungsvermögen ihrer Adressaten. Twitter dient als wichtigstes, extrem nützliches Medium für präsidentiale Ankündigungen, Auslassungen, Ein- oder Ausfälle und dergleichen Absonderungen mehr. Darauf dürfte Trump nur ungern verzichten, auch wenn er sich schon mal, wen wundert's, gegenteilig dazu geäußert hat. Jedenfalls wandte der ehemalige New Yorker Hausverkäufer in seinem Wahlkampf viel Geld auf, um Werbung für sich in den sozialen Medien zu schalten. Das dürfte einer der wesentlichen Faktoren gewesen sein, weswegen er 2016 die Wahl gegen Hillary Clinton ge-

wonnen hat - neben ihrer eigenen extremen Unbeliebtheit, versteht sich.

Im Twitterstreit hat Trump per Dekret Handelsminister Wilbur Ross aufgefordert, sich mittels der von seinem Ministerium beaufsichtigten Medienregulierungsbehörde FCC (Federal Communications Commission) um eine "Klarstellung" der Sektion 230 des Communications Decency Acts (CDA) zu kümmern. Jene Sektion sollte nicht eine Handvoll Unternehmen zu Titanen wachsen lassen, schreibt Trump - in diesem Fall in keinem Tweet, sondern in einem präsidentialen Dekret. Und Justizminister William Barr wurde angewiesen, eine entsprechende Gesetzgebung zur Einschränkung der Machtbefugnis der sozialen Medien auszuarbeiten.

Section 230 des CDA war ein Meilenstein im Aufstieg der neuen sozialen Medien zu globalen Kommunikations- und Informationsplattformen. Da diese Medien selbst keine Inhalte verbreiten, sondern nur die Matrix bereitstellen, sollten sie nicht haftbar gemacht werden für Aussagen bzw. Inhalte ihrer Nutzerinnen und Nutzer, lautet die Idee hinter diesem Gesetz. Amtlich heißt es unter Paragraph 230(c)(1), daß "kein Provider oder User eines interaktiven Computerdienstes als Herausgeber oder Sprecher irgendeiner Information behandelt werden" darf, "die von einem anderen Anbieter von Informationsinhalten bereitgestellt wird". Diese und weitere Bestimmungen ermöglichen es Facebook, Twitter und Co zu wachsen, ohne damit rechnen zu müssen, wegen irgend-

welcher Inhalte verklagt zu werden. Dennoch sind die Social-Media-Plattformen angehalten, bestimmte Inhalte (copyright-verletzend, terroristisch, gewaltverherrlichend, sexistisch und ähnliches) zu löschen. Die US-Regierung verläßt sich darauf, daß die Unternehmen "in gutem Glauben" danach handeln, das Internet sauber zu halten.

Den sozialen Medien kommen also zwei Aufgaben zu: Bereitstellung einer Plattform für sozialen Austausch und Zensur unerlaubter Inhalte. Hier nur setzt Trump an, der vorgibt, Meinungsfreiheit und Demokratie schützen und "Bedrohungen der Freiheit" abwenden zu wollen. Wenn er aus Anlaß eines seinem Tweet zugeordneten "Faktenchecks" kritisiert, daß die sozialen Medien keineswegs neutral sind und "unkontrollierte Macht" besitzen, dann führt er den Schlag weniger gegen die "Macht" des Kurznachrichtendienstes als gegen "unkontrolliert". Mit anderen Worten, sie unterliegen nicht genügend seiner Kontrolle.

Trump nutzt Twitter, weil die traditionellen Presseorgane seiner Meinung nach nicht "fair" sind. Sollte er aber jemals sein Twitterkonto schließen, wie ihm schon mal vorgeschlagen worden war, dann wohl nur deshalb, weil er darauf verzichten kann, und das wird er nur können, wenn er eine bessere Alternative hat. Das kann ein anderes soziales Medium sein, ein Fernsehkanal aus dem Weißen Haus oder eine heute noch gar nicht bekannte Form der medialen Verbreitung. Selbst eine weitgehende Funkstille seitens Trumps wäre wohl

insofern nicht ausgeschlossen, als daß eine mögliche Konsequenz seines ausgeprägten Egos lauten könnte: The Real Trump erklärt sich nicht, er handelt.

Der Krieg gegen die Presse wäre damit auf die Spitze getrieben: Keine Informationen aus dem Zentrum des Weißen Hauses. Nur noch Vollzugsmeldungen. Das wird sich ein Präsident, der maximal noch viereinhalb Jahre an der Macht ist, nicht leisten können. Es müßten statt dessen dynastische Verhältnisse geschaffen werden, die dann nicht mehr auf den turnusmäßig aufgeführten Wahlzirkus angewiesen wären, bei dem das Volk seine Stimme abgeben darf, so daß es vier Jahre lang nicht mehr gehört zu werden braucht. In seiner bisherigen Amtszeit hat Trump an vielen heiligen Säulen gesägt, warum also nicht auch die heilige Verfassung aufs Korn nehmen und beispielsweise den Ausnahmezustand ausrufen, um die nächsten Wahlen zu verschieben? Wir werden es erfahren, von Twitter, ohne Faktencheck.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pola1379.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...  
Kommentare ... Interviews ...  
Reportagen ... Textbeiträge ...  
Dokumente ...

Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

## REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

*pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

### USA:

#### Immigrant nach Abschiebung in Mexiko verschwunden

*(Washington, 29. Mai 2020, Democracy Now/pool) - Héctor García Mendoza, ein mexikanischer Immigrant ohne gültige Papiere, der die US-Einwanderungs- und Zollbehörde ICE (Immigration and Customs Enforcement [1]) verklagt hat, weil er befürchtete, an Covid-19 zu erkranken, ist nach seiner Abschiebung nach Mexiko spurlos verschwunden. Der 30-jährige gilt nun offiziell als vermisst.*

García Mendoza hatte sich am 15. Mai an einer Sammelklage beteiligt, mit der die Freilassung sämtlicher Migrant\*innen gefordert wird, die in der privaten Haftanstalt Elizabeth Contract Detention Center im US-Bundesstaat New Jersey festgehalten werden; dort sind mindestens 18 Insassen an Covid-19 erkrankt; ein Wachmann starb daran. Die Kläger beschrieben das ehemalige Lagerhaus als verdreckt und beklagten einen Mangel an Reinigungsmitteln.

Nach Informationen der Website Gothamist [2] wurde García Mendoza am 19. Mai, vier Tage nach der Sammelklage, ohne vorherige Ankündigung nach Laredo im südlichen Bundesstaat Texas geflogen und von dort bis zur nordmexikanischen Grenzstadt Nuevo Laredo begleitet. Die

Grenzstadt gilt als besonders gefährlich.

#### Abschiebung als Vergeltung für Anzeige

Mendoza wurde abgeschoben, obwohl ein Bundesrichter dies untersagt hatte. Seitdem haben seine Angehörigen weder in Mexiko noch in den USA etwas von ihm gehört. Seine Anwält\*innen haben Herbergen in Mexiko und Solidaritätsgruppen in Texas kontaktiert, aber keine Spur von ihm gefunden. Sie gehen davon aus, das seine beschleunigte Abschiebung eine Vergeltungsaktion für die Anzeige war, die er gegen die Einwanderungsbehörde erstattet hat. García Mendoza hatte zehn Jahre in den USA gelebt.

Die Familie von García Mendoza macht sich zudem Sorgen um seinen Gesundheitszustand. In den Tagen vor seiner Abschiebung hatte er keine medizinische Betreuung seitens der Einwanderungsbehörde erhalten, obwohl er sich über Atemnot und Schmerzen in der Brust beklagt hatte. Es ist nicht bekannt, ob er an Covid-19 erkrankt war, aber er litt bereits seit seiner Kindheit an Asthma.

In den USA sind landesweit 1.327 Gefangene in den Haftanstalten

der ICE positiv auf Covid-19 getestet worden, das sind über die Hälfte aller Insassen. Mehrere Erkrankte wurden abgeschoben und könnten so das Virus exportiert haben.

#### Anmerkungen:

[1] [https://de.wikipedia.org/wiki/United\\_States\\_Immigration\\_and\\_Customs\\_Enforcement](https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Immigration_and_Customs_Enforcement)

[2] <https://gothamist.com/news/ice-detainee-who-sued-his-jailers-was-swifty-deported-now-hes-missing>

#### URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/flucht-migration/usa-immigrant-nach-ab-schiebung-in-mexiko-verschwunden/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



#### Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0443.html>

## BÜRGER UND GESELLSCHAFT

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

### Costa Rica erkennt

### die gleichgeschlechtliche Ehe an

*von Riccardo Noury, Amnesty Italien, 30. Mai 2020*

#### Liebe ist ein Menschenrecht

"Heute feiern wir Freiheit, Gleichberechtigung und die demokratischen Institutionen. Mögen Einfühlungsvermögen und Liebe der Kompass sein, der es uns ermöglicht, voranzukommen und ein Land aufzubauen, in dem sich alle wohl fühlen."

Mit diesen Worten kündigte Präsident Carlos Alvarado Quesada am 26. Mai die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe an.

Dies ist eine lang erwartete Entscheidung, nachdem die Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs 2018 entschieden hatte, dass der Teil des Familiengesetzes, der die gleichgeschlechtliche Ehe nicht vorsieht, verfassungswidrig ist.

Costa Rica war somit der erste Staat in Zentralamerika und der achte Staat in Lateinamerika, der

die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt hat.

*Übersetzung aus dem Spanischen vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam*

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

#### Quelle:

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/amnesty/bamit140.html>



**pressenza**  
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

**BÜRGER UND GESELLSCHAFT / MEINUNGEN / STANDPUNKT**

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

**LobbyControl: "Autogipfel-Absage muss Wendepunkt sein:**

**Schluss mit exklusiven Autoklüngel-Runden!"**

*von LobbyControl, 29. Mai 2020*

Nach zahlreichen Protesten und internem Koalitionsstreit hat die Bundesregierung den für den 2. Juni geplanten Autogipfel abgesagt. Dort sollten Corona-Hilfen für die Autoindustrie mit Branchenvertretern und der IG Metall beraten werden. Besonders die Forderung nach einer Kaufprämie für Verbrenner wurde in den vergangenen Wochen von vielen Seiten scharf kritisiert. LobbyControl begrüßt die Absage des Autogipfels und fordert die Bundesregierung auf, nun ein anderes Verfahren zur Beratung von Corona-Hilfen zu organisieren. Christina Deckwirth von LobbyControl:

"Die Autogipfel-Absage muss ein echter Wendepunkt werden. Exklusive Autoklüngel-Runden sind einer Demokratie nicht würdig. Steuermittel müssen in offenen, transparenten und ausgewogenen Verfahren verteilt werden. Die Bundesregierung sollte jetzt zügig ein neues Verfahren zu Corona-Hilfen unter breiter Beteiligung von Zivilgesellschaft und Wissenschaft organisieren.

Mit ihren Exklusiv-Audienzen für die Autoindustrie in der Corona-Krise hat die Bundesregierung eine Grenze überschritten. Die Kritik und die Proteste sind in den

letzten Wochen zu laut geworden, um diese einseitige und unausgewogene Politik fortzuführen. Damit ist die Bundesregierung in die Sackgasse gefahren. Jetzt muss sie zeigen, dass sie bei der Verteilung von Corona-Hilfen alle gesellschaftlichen Anliegen miteinander abwägt - und nicht nur den Forderungen mächtiger Lobbygruppen lauscht."

**Hintergrund**

LobbyControl hatte schon im Vorfeld des Autogipfels Anfang Mai die unausgewogene Zusammensetzung des hochrangigen Treffens zwischen Autoindustrie und Bundesregierung kritisiert. Dazu hat die Transparenzorganisation einen Online-Appell gestartet, den inzwischen über 34.000 Menschen unterzeichnet haben. LobbyControl fordert darin die Bundesregierung auf, der Autolobby bei der Aushandlung von Corona-Hilfen keine Vorfahrt zu gewähren.

Mehr zum Appell unter Corona-Hilfen: Keine Vorfahrt für die Autolobby! [1]

Weitere Informationen auch in im LobbyControl-Artikel "Klüngel

um Kaufprämie: Mit der Autolobby im Hinterzimmer" [2]

*Erstveröffentlichung:*

<https://www.lobbycontrol.de/2020/05/lobbycontrol-autogipfel-absage-muss-wendepunkt-sein-schluss-mit-exklusiven-autokluengel-runden/>

**Anmerkungen:**

[1] [http://link.mediaoutreach.meltwater.com/ls/click?upn=-2FprCh-2FAN512jyLEWcQJnYoOeAdxx-2FSbbThK0wGOPOJ-2B3XLg-ZW8UfsL24bwyjAXdNYb-2Fcau9vnTCnvidCA1qy-2Bw-3D-3Dg3dw\\_E43MNF-qppJLbt3OCZ0y1ifl-WC1oUL7Qp9yBvdjxHQzgLP-2BrUTL-2BCaZ7C26NW8IP-NI9oIb24x8Gv9EQjnPm-hH6uF3pKNnGmE-2Fd-jk4RSBtb4y3zRYzUUNSxjRDy-2Bi4r-2FKhlf31mtKWgz-ZE5iE2lepjTEqga95IKCrYCKglkeO4QbDxhkbeBenn-2FBqQNT-qND6HAYjQQixTQ2HHJAU5Ovn0ZMVtUYsNckTZotaDFSr0emcb-MNY3D8saG-2B5i3foMjrSevrxflMd6gSucq9pG1b8BefswpxST5bA6kyPOR-QwK2R57dWF271MYzjucK-Cpf0SxnHN9bAzSEGYxnP-2FZ8ByBGaQOUDyBgOokWozwzmCTv7GzCL0kdx-2B2FMsn-](http://link.mediaoutreach.meltwater.com/ls/click?upn=-2FprCh-2FAN512jyLEWcQJnYoOeAdxx-2FSbbThK0wGOPOJ-2B3XLg-ZW8UfsL24bwyjAXdNYb-2Fcau9vnTCnvidCA1qy-2Bw-3D-3Dg3dw_E43MNF-qppJLbt3OCZ0y1ifl-WC1oUL7Qp9yBvdjxHQzgLP-2BrUTL-2BCaZ7C26NW8IP-NI9oIb24x8Gv9EQjnPm-hH6uF3pKNnGmE-2Fd-jk4RSBtb4y3zRYzUUNSxjRDy-2Bi4r-2FKhlf31mtKWgz-ZE5iE2lepjTEqga95IKCrYCKglkeO4QbDxhkbeBenn-2FBqQNT-qND6HAYjQQixTQ2HHJAU5Ovn0ZMVtUYsNckTZotaDFSr0emcb-MNY3D8saG-2B5i3foMjrSevrxflMd6gSucq9pG1b8BefswpxST5bA6kyPOR-QwK2R57dWF271MYzjucK-Cpf0SxnHN9bAzSEGYxnP-2FZ8ByBGaQOUDyBgOokWozwzmCTv7GzCL0kdx-2B2FMsn-)

POdtU9KkEuc7ZSyun-  
wJ8E7Y9PCYeYsbA-3D-3D

EUROPOOL / POLITIK / ITALIEN

[2] [http://link.mediaoutreach.meltwater.com/ls/click?upn=-2FprCh-2FAN512jyLEWcQJnYoOeAdxx-2FSbbThK0wGOPOJ-2BJ6-2Ff-CIA0JTP5km4dQbpCp1xTaifLvge-lylwDmDNRYJdbdwNMZt4C6M-2BkvK5RtjXSFVRhtqGeL-2FP56gSb9W-2F0pqSBRmYT-NC4EMTPy9WPcHHg-3D-3DT4hZ\\_E43MNF-qppJLBt3OCZ0y1ifl-WC1oUL7Qp9yBvdjxHQzgLP-2BrUTL-2BCaZ7C26NW8IP-NI9oIb24x8Gv9EQjnPm-hH6uF3pKNnGmE-2Fd-jk4RSBtb4y3zRYzUUNsxjRDy-2Bi4r-2FKhlf3lmtKWgz-ZE5iE2lepjTEqga95IKCrYCKglkeO4QbDxhkbeBEenn-2FBqQNt-qND6HAYjQQixTQ2HH-JAU5Ovn0ZMXqUY6QOooGFrh-2B4xphyiqLoAGcYyXwwMiuZm-2FroHuAPssIFDG35zkEklIowld-2FuMtmD3H0DZTrfm-2BC-2FeLLlkuQclTTaBo0J1Ctmm-wgM6ybCO-2BaGjkbfpSMwNV-MYTprWjdtIvJp4wLsccXxhe-EI7CI7ltUR5D8m7RLLr3ki04j2PjJiYq9-2FIxQ1ZBa-2FC-2BesWA-3D-3D](http://link.mediaoutreach.meltwater.com/ls/click?upn=-2FprCh-2FAN512jyLEWcQJnYoOeAdxx-2FSbbThK0wGOPOJ-2BJ6-2Ff-CIA0JTP5km4dQbpCp1xTaifLvge-lylwDmDNRYJdbdwNMZt4C6M-2BkvK5RtjXSFVRhtqGeL-2FP56gSb9W-2F0pqSBRmYT-NC4EMTPy9WPcHHg-3D-3DT4hZ_E43MNF-qppJLBt3OCZ0y1ifl-WC1oUL7Qp9yBvdjxHQzgLP-2BrUTL-2BCaZ7C26NW8IP-NI9oIb24x8Gv9EQjnPm-hH6uF3pKNnGmE-2Fd-jk4RSBtb4y3zRYzUUNsxjRDy-2Bi4r-2FKhlf3lmtKWgz-ZE5iE2lepjTEqga95IKCrYCKglkeO4QbDxhkbeBEenn-2FBqQNt-qND6HAYjQQixTQ2HH-JAU5Ovn0ZMXqUY6QOooGFrh-2B4xphyiqLoAGcYyXwwMiuZm-2FroHuAPssIFDG35zkEklIowld-2FuMtmD3H0DZTrfm-2BC-2FeLLlkuQclTTaBo0J1Ctmm-wgM6ybCO-2BaGjkbfpSMwNV-MYTprWjdtIvJp4wLsccXxhe-EI7CI7ltUR5D8m7RLLr3ki04j2PjJiYq9-2FIxQ1ZBa-2FC-2BesWA-3D-3D)

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

#### Quelle:

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmsp0472.html>

## COVID-19 in Italien -

### Überraschung, Schreck, Verlauf ... 2.6.2020

(SB) 2. Juni 2020 - Italien begeht heute seinen Nationalfeiertag, den 74. Jahrestag der Gründung der Italienischen Republik am 2. Juni 1946. Wie die staatliche Nachrichtenagentur ANSA berichtet, appellierte Staatspräsident Sergio Mattarella aus diesem Anlaß dafür, alle Kräfte einzusetzen, um "so schnell wie möglich aus dem globalen Albtraum der Corona-Epidemie herauszukommen". Neben "dem Schmerz über die Verluste und die Leiden, die wir erlitten haben, verspüren wir Tag für Tag ein wachsendes Verlangen nach Genesung und Wiedergeburt, gesellschaftlich und wirtschaftlich", so Mattarella.

Der Staatspräsident erinnerte an das Erbe der aus der Resistenza, dem Widerstand gegen das Besatzungsregime der Hitlerwehrmacht und den Mussolini-Faschismus, hervorgegangenen Republik, auf das sich heute zu stützen sei. Er gedachte der Ärzte, Krankenschwestern und der vielen anderen Menschen, die Opfer des Virus geworden sind, und erklärte: "Damals haben wir auf die Trauer, das Leid und die Zerstörung des Krieges reagiert. Heute müssen wir gegen einen unsichtbaren Feind kämpfen, der in vielerlei Hinsicht unbekannt und unvorhersehbar ist und unser geordnetes Leben und unsere Gewohnheiten durcheinander gebracht hat. Er hat uns gezwungen, sozia-

le Beziehungen zu unterbrechen und Schulen zu schließen." Die Pandemie habe infolge der zu ihrer Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen "viele Lebens- und Arbeitsprojekte gefährdet und die Produktionsstruktur unseres Landes belastet".

"Wir können diesen Tag als Sinnbild für den Beginn unseres Neustarts ansehen", zitiert ANSA den Staatschef, der "alle, die eine institutionelle Verantwortung tragen - natürlich beginnend mit mir -" aufgefordert habe, "diese Pflicht zu erfüllen, diesem Schmerz, dieser Hoffnung, diesem Bedürfnis nach Vertrauen gerecht zu werden". Diese Rede hielt Mattarella auf einem Konzert für Coronavirus-Opfer, am "Altar des Vaterlandes" legte er danach einen Kranz nieder.

Anschließend wird er sich nach Codogno begeben, einer besonders schwer von der Krise betroffenen Gemeinde in der Lombardei, wo er am Abend zusammen mit dem Sekretär der sozialdemokratischen Demokratischen Partei (PD) und Präsidenten (Regierungschef) der Region Lazio, Nicola Zingaretti, an einem Konzert im Innenhof des Lazzaro Spallanzani National Institute for Infectious Diseases teilnehmen wird. Zu dieser Veranstaltung hat die Regierung des Lazioms, von der dieses staatliche Forschungs-

institut zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten gefördert wird, eingeladen.

Wie ANSA berichtet, hat Zingaretti erklärt: "Die Worte, die Präsident Mattarella für den 2. Juni an die Italiener gerichtet hat und die sich so sehr von den vorherigen unterschieden, haben wie immer die richtigen Fäden berührt. Vor allem den Geist der Einheit, ohne den unsere Gemeinschaft die Herausforderung für die Italiener nicht bewältigen und gewinnen kann." Es gehe um einen umfassenden Neustart und den Aufbau einer neuen Zukunft, so Zingaretti. "Wir alle sind dazu berufen, individuell und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und unseren Beitrag besser zu leisten. Weil wir all die Energie brauchen, die unser wundervolles Land hat. Wir sind uns bewußt, daß die Arbeit getan werden muß. Es ist immer noch sehr viel zu tun. Das Italien von morgen wird nie wieder dasselbe sein."

Der politische Führer der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) Vito Crimi habe erklärt: "Die Worte von Präsident Mattarella sind weise. Die Italiener arbeiten geschlossen an der Wiederbelebung. Wir nutzen die europäischen Ressourcen, um ein großartiges Projekt durchzuführen."

Die italienische Rechte nutzte den 2. Juni auf ihre Weise. Unter der provokativen Losung "Italien kapituliert nicht" demonstrierten die Parteien der faschistischen Allianz aus Forza Italia (FI) mit dem EU-Abgeordneten Antonio Tajani, der Lega Salvinis und den Fratelli/Brüdern Italiens (FdI) mit Giorgia Meloni an der Spitze am Nationalfeiertag gegen die Regie-

rung aus Fünf-Sterne-Partei (M5S) und den Sozialdemokraten (PD). Wie ANSA berichtete, zogen in Rom hunderte Menschen durch eine lange Einkaufstraße.

Angeführt wurde der Zug vom ehemaligen Innenminister Matteo Salvini, an seiner Seite ging Giorgia Meloni. Sie kritisierte, es habe "zu viel Bürokratie bei der Vergabe von Corona-Hilfen" gegeben, die Krankheit erzeuge "soziales Unbehagen". Ministerpräsident Giuseppe Conte habe die Gefahren einer wirtschaftlichen Katastrophe nicht verstanden.

Auf dem Demonstrationzug sollen viele Menschen keine Schutzmasken getragen haben. Salvini habe wiederholt seinen Atemschutz abgenommen und Handys von Teilnehmern für Selfies ergriffen.

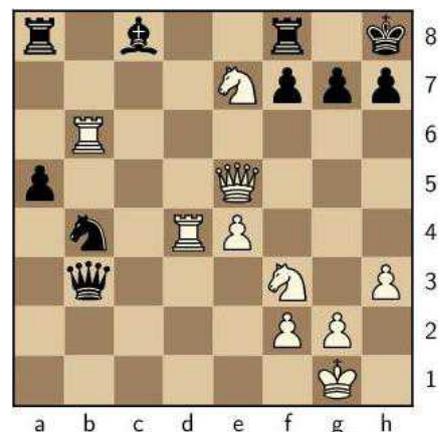
<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-it0334.html>

## SCHACH - SPHINX

### Geboren aus Intuition

(SB) - Zunächst ist es nur ein Gefühl, daß in der Stellung mehr drin ist als eine allmähliche Entwicklung der Kräfte. Man sieht es nicht wirklich, es ist gewissermaßen eine Intuition, halb aufbauend auf eigene Erfahrung und halb auf den gesammelten Schatz von Lehrbeispielen. Nun ist es auch so, daß jeder Schachspieler davon träumt, eine Partie mit einem genialen Coup zu beenden, daß Pointe auf Pointe folgt und

der Sieg im Kampf errungen wird. Doch wie dieses Zusammengehen der Züge zu einer Kombination bewerkstelligen? So ohne weiteres erwacht sie nicht aus ihrem Winterschlaf. In aller Regel kommt es darauf an, die Wirkungsmacht einer einzelnen Figur, häufig durch Stellungsoffer, auf ein Höchstmaß zu treiben. Der Glanz einer Kombination verdankt sich also nicht einem einzelnen Einfall, musengeküßt oder genial erdacht, sondern der Konzentration von Stellungsvorteilen auf die Schultern einer ausgewählten Figur. Was klein anfängt durch Häufung entlädt sich dann zu einem gewinnbringenden Schlußakkord. Gerade darin liegt die Herausforderung, in der Zukunft eines möglichen Geschehens, aus dem Puzzle der Einzelteile heraus zu erkennen, welcher Stein diese Rolle spielen könnte. Aus dem Zufall der Züge wird so ein Plan mit stringenter Konsequenz. Im heutigen Rätsel der Sphinx hatte Hünerkopf in seiner Partie gegen Lichtenegger seine Dame zum Drehpunkt der Kombination gemacht. Wanderer, errätst du die Richtung der weißen Kräfte?



Hünerkopf - Lichtenegger  
Velden 1980

Fortsetzung Seite 22

RECHT / MEINUNGEN / STELLUNGNAHME

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin / Büro Wien*

**Rechtsgutachten zeigt: R2G ermöglicht Verkauf von Schulen an Finanzinvestoren**

***Geplante Privatisierung ist für die BerlinerInnen gemeinwohlschädigend***

*von Katrin Kusche, Gemeingut in BürgerInnenhand, 11. Mai 2020*

Das Land Berlin hat Musterverträge zur Auslagerung des Schulbaus an die Wohnungsbaugesellschaft Howoge vorgelegt. Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) hat Rechtsanwalt Benno Reinhardt gebeten, die Musterverträge aus juristischer Sicht zu bewerten. Das Ergebnis zeigt, dass durch die Verträge eine weitreichende Privatisierung der betroffenen Schulen ermöglicht würde. Rechtsanwalt Benno Reinhardt schreibt in seiner Stellungnahme:

"Die vorliegenden Verträge verdeutlichen, dass alle Risiken beim Land liegen, während die HOWOGE lediglich als Dienstleister für den Bau und als Dienstleister für die Kreditaufnahmen fungiert. [...] Vor dem Hintergrund dieses sehr eingeschränkten Nutzens für das Land Berlin, ist es umso unverständlicher und erstaunlich, dass die Vertragspartner im Weiteren Regelungen vorsehen, die es zulassen, dass sämtliche Schulen an Finanzinvestoren veräußert werden."

Insbesondere fehle eine Regelung, die untersage, dass die Erbbaurechte an den Schulen an Dritte veräußert werden. Zudem sei nicht vorgesehen, dass die Erb-

bauverträge zu den Schulen im Zuge einer Veräußerung der Howoge an Dritte automatisch an das Land zurückfallen.

Dazu Carl Waßmuth, Sprecher von Gemeingut in BürgerInnenhand:

"Die Verantwortlichen von Rot-Rot-Grün haben von Anfang an geleugnet, dass es im Zuge der Auslagerung des Schulbaus an Howoge und BIM um eine Privatisierung gehe. Die vorgelegten Verträge strafen sie nun der Lüge. Diese Verträge sind so skandalös, wie wir sie von der Wasserprivatisierung kennen. Ihre Unterzeichnung muss unbedingt verhindert werden."

Gemeingut in BürgerInnenhand klärt seit 2017 zu den Plänen und Vorgängen der Auslagerung und Privatisierung des Schulbaus in Berlin auf. Im Zuge der Volksinitiative "Unsere Schulen" haben wir dem Abgeordnetenhaus die Privatisierungsgefahren in einer öffentlichen Anhörung und mit einer 100-seitigen Stellungnahme dargestellt. In einer Studie wurden die damit verbundenen Kostensteigerungen dargelegt. GiB kritisiert die geplante Privatisierung als gemeinwohlschädigend.

Hintergrundinformation: Schreiben von Benno Reinhardt an Gemeingut in BürgerInnenhand vom 9.5.2020 [1]

**Verkauf der Schulen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Land Berlin hat nun einen Teil der Musterverträge im Zusammenhang mit der Privatisierung des Schulbaus veröffentlicht. Die Volksinitiative und GiB haben mich gebeten, zu den Verträgen, die bereits jetzt zugänglich sind, Stellung zu nehmen:

Erbbaurechtsvertrag zwischen dem Land Berlin und der HOWOGE

Mietvertrag zwischen der HOWOGE und den Bezirken.

Das Land Berlin ist Eigentümerin der Grundstücke, die für den Neubau und die Sanierung der Schulen vorgesehen sind. Das Land überträgt alle Grundstücke im Rahmen einzelner Erbbaurechtsverträge auf die HOWOGE.

Die HOWOGE baut und vermietet die Schulen wiederum an das Land, vertreten durch die Bezirke. Deswegen wird der nun auch

veröffentlichte Mietvertrag abgeschlossen, für jede Schule einzeln. Über diesen Mietvertrag erhält die HOWOGE - vereinfacht zusammengefasst - sämtliche Kosten vom Land erstattet, vgl. Paragraph 4 Mietvertrag:

- Kapitaldienst für die Darlehen, die die HOWOGE wegen der Investitionen aufnimmt,
- Zahlung eines Erbbauzinses,
- eine Managementgebühr,
- Gebühren für den Unterhalt der Schulen während der Gewährleistungszeit.

Während der Mietdauer muss das Land sämtliche Investitionen und Reparaturen übernehmen. Die HOWOGE haftet lediglich für die tragenden Bauteile und die Statik. Zu Mietminderungen ist das Land auch dann nicht berechtigt, falls die HOWOGE ihre Leistungen nicht erbringt, vgl. Paragraph 6 des Mietvertrages. Dies sichert den Zahlungsfluss vom Land Berlin über die HOWOGE an die kreditgebenden Banken (sog. Forfaitierung).

Die vorliegenden Verträge verdeutlichen, dass alle Risiken beim Land liegen, während die HOWOGE lediglich als Dienstleister für den Bau und als Dienstleister für die Kreditaufnahmen fungiert. Die HOWOGE dient den Interessen des Landes. Das Land ist - aus welchen Gründen auch immer - nicht in der Lage, den Schulneubau selbst zu organisieren. Alleine aus dieser Not heraus verlagert es die Aufgabe der Investitionen auf einen Dritten.

Vor dem Hintergrund dieses sehr eingeschränkten Nutzens für das Land Berlin, ist es umso unverständlicher und erstaunlich, dass

die Vertragspartner im Weiteren Regelungen vorsehen, die es zulassen, dass sämtliche Schulen an Finanzinvestoren veräußert werden. Hierzu sieht der Vertrag zwei Wege vor:

Risiko Verkauf der Schulen an Dritte durch die HOWOGE:

Das Erbbaurecht ist ein grundstücksgleiches Recht, d.h. der Erbbauberechtigte, die HOWOGE, kann solange das Erbbaurecht dauert, mit dem Grundstück wie ein Eigentümer verfahren, soweit diese Rechte nicht beschnitten werden. Das Erbbaurecht kann daher wie ein Grundstück veräußert, vererbt und belastet werden, beispielsweise mit Grundpfandrechten (Grundschuld [2] und Hypothek [3]). Verfügungen über das Erbbaurecht wie z. B. Veräußerungen, Belastungen und bauliche Erweiterungen bedürfen der Zustimmung des Grundeigentümers, wenn dies im Erbbaurechtsvertrag vereinbart ist. Paragraph 5 Absatz 1 Erbbaurechtsgesetz sieht eine solche Beschränkung ausdrücklich vor:

"Als Inhalt des Erbbaurechts kann auch vereinbart werden, dass der Erbbauberechtigte zur Veräußerung des Erbbaurechts der Zustimmung des Grundstückseigentümers bedarf."

Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Land Berlin von dieser Regelung keinen Gebrauch macht. Ein solcher Zustimmungsvorbehalt würde verhindern, dass die HOWOGE die Schulen im Rahmen eines Asset Deals als Ganzes oder in Teilen an Dritte verkauft. Stattdessen begnügt sich das Land mit einem in der Praxis untauglichen Vorkaufsrecht.

Nach Paragraph 14 des Erbbaurechtsvertrages muss die HOWOGE den Verkauf der Schulen dem Land lediglich anzeigen. Das Land hat nur die Möglichkeit, innerhalb von drei Monaten ein Vorkaufsrecht auszuüben. Dies birgt zwei nicht akzeptable Risiken.

Die HOWOGE kann zu einem beliebig hohen Preis an jeden beliebigen Investor verkaufen. Finanzinvestoren sind bei den weltweit zur Verfügung stehenden liquiden Mitteln jederzeit bereit, einen hohen bis überhöhten Preis für den Erwerb der Schulen zu bezahlen. Die HOWOGE zeigt diesen Vertrag an. Das Land müsste - wenn es das Vorkaufsrecht ausübt - in diesen Vertrag einsteigen und ggf. den völlig überhöhten Preis für den Rückkauf der Schulen akzeptieren oder es hinnehmen, dass diese Schulen nunmehr Hedgefonds oder großen Kapitalanlagegesellschaften übertragen werden.

Das Land müsste diese Entscheidung innerhalb von drei Monaten treffen. Es müsste innerhalb dieser kurzen Zeitspanne die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für einen milliardenschweren Rückkauf der Schulen schaffen. Niemand weiß, wie sich die Haushaltslage entwickelt, niemand weiß, wie die Schuldenbremse wirkt, niemand weiß, welche Bedingungen der Bund in den nächsten 25 Jahren an eine Kreditaufnahme zur Finanzierung eines Rückkaufes der Schulen knüpft.

Um dies zu verhindern, muss von der o. g. gesetzlichen Möglichkeit des Paragraph 5 Absatz 1 Erbbaurechtsgesetz Gebrauch gemacht

werden. Es ist notwendig, dass die Veräußerung des Erbbaurechtes vollumfänglich untersagt wird.

Risiko Verkauf der HOWOGE oder von Anteilen der HOWOGE an Dritte durch das Land:

Das Land Berlin kann jederzeit Anteile an der HOWOGE an Dritte verkaufen. Der Verkauf solcher Anteile steht derzeit nicht auf der politischen Agenda. Dies kann sich jederzeit ändern. Das Land Berlin muss ggf. Vermögen veräußern, weil es ansonsten den Haushalt nicht ausgleichen kann. Dies ist geschehen beim Verkauf der Berliner Wasserbetriebe, dies kann erneut erfolgen, wenn die finanziellen Ressourcen des Landes sich wieder verknappen. Der Verkauf von Anteilen der HOWOGE kann auch aus politischen Gründen aktuell werden, CDU und FDP haben keine ideologischen Bedenken. In dem Erbbaurechtsvertrag ist von der SPD-Grün-Linken-Koalition kein Heimfall für den Fall festgelegt worden, dass Anteile der HOWOGE an Dritte verkauft werden. Dabei ließe es sich für den Fall der Privatisierung der HOWOGE einfach ausschließen, dass die Schulen "mitprivatisiert" werden. Es ist zu fordern, dass in diesem Fall die Schulen (richtigerweise die Grundstücke) an das Land Berlin "heimfallen", d. h. wieder übereignet werden müssen.

Im vorliegenden Erbbaurechtsvertrag ist der Heimfall auch grundsätzlich angesprochen, Paragraph 13:

Der Erbbauberechtigte (Erg. HOWOGE) hat das Erbbaurecht auf Verlangen des Grundstückseigentümers (Erg. Land Berlin) auf die-

sen (Heimfall) ... zu übertragen, wenn ...

An dieser Stelle folgen acht Gründe für den Heimfall. Unter Ziffer 8 wird genau der hier befürchtete Wechsel und Weiterverkauf der Gesellschaftsanteile beschrieben, also eine Gefahr die auch die Verfasser der Musterverträge gesehen haben. Der Heimfall tritt ein, wenn in der Zeit bis zur Fertigstellung der baulichen Anlagen das Eigentum an den Gesellschaftsanteilen des Erbbauberechtigten (Erg. HOWOGE) wechselt (Ziffer 8).

Obwohl das Land Berlin auch diese Gefahr sieht, beschränkt es den Heimfall auf die Bauzeit. Dies ist völlig unakzeptabel. Der Heimfall muss für den gesamten Vertragszeitraum gelten.

Schlussbemerkung: Schulen sind öffentliches Eigentum. Es muss von vorneherein ausgeschlossen werden, dass diese als Ganzes verkauft werden (siehe Ziffer 1) oder als Mitgift einer Privatisierung von Anteilen der HOWOGE an private Dritte übergehen (siehe Ziffer 2). Dies verhindert der vorliegende Vertrag nicht. Es ist kein Problem den Erbbaurechtsvertrag so zu fassen, dass diese Risiken ausgeschlossen werden.

Offensichtlich hat das Land Berlin die bisher von der Volksinitiative und GiB vorgetragene Rechtsauffassung übernommen, der Erbbaurechtsvertrag bedürfe der Zustimmung des Abgeordnetenhauses, vgl. nunmehr Paragraph 20 des Erbbaurechtsvertrages. Von daher werden die Parteien aufgefordert, die Verträge so nicht zu beschließen, sondern sie so zu ändern, dass

• der Verkauf der Schulen an Dritte ausgeschlossen wird und

• bei einem Verkauf der Anteile der HOWOGE die Schulen automatisch an das Land zurückfallen.

Mit freundlichen Grüßen

Benno Reinhardt  
Rechtsanwalt

Link zur Erstveröffentlichung: <https://www.gemeingut.org/rechtsgutachten-zeigt-r2g-ermoeglicht-verkauf-von-schulen-an-finanzinvestoren/>

#### **Anmerkungen:**

[1] <https://www.gemeingut.org/wp-content/uploads/2020/05/Stellungnahme-GiB-09.05.2020.pdf>

[2] <https://de.wikipedia.org/wiki/Grundschul>

[3] <https://de.wikipedia.org/wiki/Hypothek>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

#### **Quelle:**

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/meinung/rms00105.html>

- 1 POLITIK - AUSLAND: Kolumbien - Fronten zwischen Regierung und ELN verhärten sich (poonal)
- 3 POLITIK - WIRTSCHAFT: Verschulde dich immer - und vor allem in der Not (Pressenza)
- 6 POLITIK - FAKTEN: Die internationale Rüstungskontrolle bröckelt weiter (Pressenza)
- 7 POLITIK - KOMMENTAR: Deutungshoheit rechtslastig ...
- 12 POLITIK - KOMMENTAR: USA - Aufstand in den Städten ...
- 14 POLITIK - MEINUNGEN: Trumps Pressekrieg ...
- 16 REPRESSION - FAKTEN: USA - Immigrant nach Abschiebung in Mexiko verschwunden (poonal)
- 17 BÜRGER UND GESELLSCHAFT: Costa Rica erkennt die gleichgeschlechtliche Ehe an (Pressenza)
- 18 MEINUNGEN: "Autogipfel-Absage muss Wendepunkt sein. Schluss mit exklusiven Autoklüngel-Runden!" (Pressenza)
- 19 EUROPOOL - POLITIK: COVID-19 in Italien - Überraschung, Schreck, Verlauf ... 2.6.2020
- 20 SCHACH-SPHINX: Geboren aus Intuition
- 21 RECHT: Rechtsgutachten zeigt - Rot-Rot-Grün ermöglicht Verkauf von Schulen an Finanzinvestoren (Pressenza)
- 22 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 03. Juni 2020

**DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**

**Und morgen, den 3. Juni 2020**

Vorhersage für den 03.06.2020 bis zum 04.06.2020



Sonnenschein nicht ohne Splitter,  
Regenwolken reisen an,  
Blitz und Donner und Gewitter  
ziehen Mensch und Tier in Bann.

*Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:*

Die Hoffnung starb zuletzt. Natürlich mußte Weiß nach 1.Sc3-d5! Sf6xd5 2.Tg5xh5+! g6xh5 nicht das grundverkehrte 3.e4xd5+ ziehen, sondern konnte viel stärker mit 3.e4-e5+! f7-f5 4.e5xf6+ Kh7-g8 5.Dd2-g5+ die Mattjagd auf den schwarzen König eröffnen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07289.html>

**IMPRESSUM**

**Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.  
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de  
Telefonnummer: 04837/90 26 98  
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME  
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
ISSN 2190-6963  
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel  
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.